

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Anstellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 20, Winterfeldstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beteiligung)
2 Mk. — Polizeizeitungssatz Nr. 3161

Inhalt:

Die Erhaltung der Betriebskrankenkassen. — Unsere internationale Tagung. III. — Wenn du aber gar nichts hast... — Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906. III. — Die Verhältnisse bei der Strahenreinigung in Dresden. — Gaulkonferenz der 8 Frankenkreise. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Briefkasten. — Anzeigen.

splitterung der Kräfte, und verlangt eine Vereinigung derselben zum gemeinsamen Werk. Ein weiteres Postulat für die Handhabung und den Ausbau der Arbeiterversicherung ist die Selbstverwaltung, d. h. die Leitung der Versicherungsträger durch die Versicherten. Nur diese selbst werden darüber entscheiden können, nach welcher Richtung im Interesse ihrer selbst die innere und äußere Ausgestaltung der Kasse sich bewegen mög. An dem ausschlaggebenden Einfluß derjenigen, für welche die ganze Arbeiterversicherung doch nur da ist, der Arbeiter nämlich, muß unverrückbar festgehalten werden.

Entsprechen dann nun die Betriebskrankenkassen diesen eminent wichtigen Grundlagen? Nein, in keiner Weise!

Die Betriebskrankenkassen begünstigen die ohnedies durch den Mangel einer örtlichen Zentralisation der Ortskrankenkassen schon vorhandene Käppelzung nur noch mehr. Aber was schlimmer ist: sie verschulden durch die Entziehung der großen Mitteln geradezu das Fortbestehen von kleinen Krankenkassen, welche durch die Zugehörigkeit der Betriebe mit größerer Krankheitsgefahr gefährdet sind. Denn die Unternehmer der letzteren denken naturgemäß nicht an die Errichtung von Betriebskrankenkassen, weil die Pflicht der Zuschussleistung bei eventueller Ebbe der Kassenfinanzen (§ 65 des R.V.G.) sie davon zurückführen läßt. Betriebskrankenkassen errichten zumeist nur Unternehmer von Betrieben mit geringer Krankheitsgefahr, so daß den Ortskrankenkassen die großen Mitteln verbleiben (wogegen die weiblichen Mitglieder in erster Reihe zählen) und deren Leistungsfähigkeit stark herabsehen. Die wenigen Ausnahmen von zwangswise Errichtung von Betriebskrankenkassen auf Grund § 60 R.V.G. ändern daran nichts; im übrigen könnte bei zweckmäßiger Vereinheitlichung der ganzen Krankenversicherung, auf diesen Zwang verzichtet werden.

Stellt man zu dem eben Gesagten nun die ziffernmäßigen „günstigen Ergebnisse“ Stier-Somlos in Vergleich, so fällt ihr Wert ohne weiteres in sich zusammen. Die scheinbar „besseren“ Leistungen der Betriebskassen können gar nicht gegen die der Ortskassen ausgespielt werden, weil erstere einen wesentlich anders gearteten und willkürlich gestalteten Mitgliederkreis haben. Es liegt eben im System der Betriebskassen ein gewaltiges Stück Egoismus, der für sich angenehme Einrichtungen schafft, ohne sich um die wirtschaftlich Schwächeren zu kümmern. Zum Glück findet ja heute in den Kreisen der aufgelösten Arbeiterschaft ein derartiger Mangel an Allgemeinsein keine Resonanz mehr.

Die Arbeiterschaft weiß aber auch sonst noch die Betriebskassen einzufähen. Nicht selten sind es politische Motive, welche den Unternehmer bestimmen, „seine“ Arbeiter der Ortskrankenkasse beizugesetzen, deren „sozialdemokratisch verdecktem“ Vorstande zu entziehen. Und in diesem Punkte machen die Städte keine Ausnahme. Bei den Verhandlungen über die Errichtung der städtischen Betriebskrankenkasse im Kirdorfer Stadtverordnetenkollegium spielte dieses Moment seinerzeit eine gewichtige Rolle. Den neuesten Beobachtungen in Schöneberg liegt zweifellos das gleiche Motiv in erster Reihe zugrunde. Der Hass der bürgerlichen Gesellschaft gegen die Emancipationsbestrebungen der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Tisch spielt eben leider auch in der Arbeiterversicherung eine Rolle. Der Unternehmer will „Derr im eigenen Souje“ sein und sich vom Arbeitervorstand der Ortskrankenkasse in die sanitären Verhältnisse seines Betriebes nicht drin reden lassen.

Die Erhaltung der Betriebskrankenkassen.

Unter dieser Stichmarke brachte die Nr. 34 der „Gewerkschaft“ in der Rubrik „Aus der Praxis für Arbeiterversicherung“ einen Aufsatz, welcher den Auszug eines Artikels Professor Stier-Somlos im „Reformblatt für Arbeiterversicherung“ darstellt. Die Form und Art, in welcher derselbe Aufnahme in unserem Verbandsorgan gefunden hat, bedingt, daß die Ausschüsse des — wie gesagt wird — „erfahrenen Fachmanns“ Stier-Somlo an dieser Stelle eingehend besprochen werden; denn sie bedeuten nichts mehr und nichts weniger, als den leidlichen Gegensatz der Anschaulungen, welche gegenwärtig von allen praktisch tätigen Kennern der Arbeiterversicherung vertreten werden. Zwar hat ja die Redaktion der „Gewerkschaft“ in Nr. 37 nachdrücklich erklärt, daß sie keineswegs Stier-Somlo bestimmt; leider kam dies etwas spät. Denn der bewußte fast ohne Kommentar wiedergegebene Aufsatz hatte bereits den Käppelzernern der Arbeiterversicherung in einer Versammlung in Schöneberg als Material herhalten müssen, indem der Referent, ein Stadtverordneter — natürlich ein „liberaler“ —, unseren im Kampf gegen den Plan einer städtischen Betriebskrankenkasse liegenden Kollegen gegenüber die „Gewerkschaft“ auspielte.

Um eventuellen erneuten Versuchen nach dieser Richtung zu begegnen, sei im nachfolgenden der „Wert“ der Betriebskrankenkassen etwas näher betrachtet.

Wer, wie Stier-Somlo, die schweren Nachteile der Betriebskrankenkasse merkwürdigerweise zwar Punkt für Punkt einfiebt, diesen aber nur eine untergeordnete Bedeutung beimißt, der verkennt die Grundmetode der Arbeiter-Krankenversicherung vollständig und beurteilt schlichtlich den Wert der diversen Versicherungsträger vom fiskalischen Standpunkt aus. Unter diesem engen Gesichtswinkel ist es allerdings leicht, „ein günstiges Ergebnis“ festzustellen. Nur bleiben dabei Dinge außer Betracht, welche für die Versicherer und für die Entwicklung der Arbeiterversicherung von außerordentlicher Bedeutung sind.

Eine unerlässliche Voraussetzung für die Erfüllung der der Krankenversicherung zugrunde liegenden Aufgaben ist die Konzentration der Organisationsformen. Sollen die Versicherungsträger, die Kassen, im Interesse der Versicherten leistungsfähig gemacht werden, so ist das nur möglich auf der Basis großzügiger Organisation. Zwangskassen werden so wenig wie Kleingebilde auf allen anderen Gebieten in irgendwie nennenswerter Weise fortschrittliche Tendenzen betätigen können. Schon der der Arbeiterversicherung innewohnende soziale Gedanke, der solidarische Unterstützung des wirtschaftlich Schwächeren durch den wirtschaftlich Starke, die Gütekereitschaft aller für den von den Lebensstürmen arg Mitgenommenen — schon dieses Grundprinzip verbietet eine Bet-

Ueberhaupt tritt in den gesetzlichen Bestimmungen für die Betriebskassen das Prinzip der Stärkung des Unternehmereinfusses und damit Schwächung des Arbeitnehmerelements zutage. Die Selbstverwaltung der Versicherten wird zum Schemen. Zwar sucht ja Stier-Somlo diese Tatsache durch ein artig Niedlein über das notwendige harmonische Zusammenarbeiten von Arbeitgeber und Arbeitnehmer schmäler zu machen, indem er die „Herren im eigenen Hause“ als gar nicht so bössartig hinstellt, wie behauptet wird, und schlichtlich als *Anta Morgana* die konstitutionelle Fabrikorganisation erscheinen lässt, welche nach seiner Ansicht auch die Krankenversicherung im Betriebe einschließt. Was es mit der berühmten „Harmonie“ in der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung auf sich hat, wissen die Arbeiter besser als Herr Professor Stier-Somlo; davon erhalten sie Proben genug zu hören. Nun aber der konstitutionelle Fabrikbetrieb mit dem Arbeiter als Industriebürger! Dieser schöne Gedanke ist zwar auch ein Ziel der kämpfenden Arbeiterschaft, dürfte aber in der bürgerlichen Gesellschaft neben dem Reichstagsabgeordneten Raumann nur sehr wenige Freunde haben, so daß es reichlich verfrüht ist, wenn Stier-Somlo schon jetzt damit operiert — ganz abgesehen davon, daß die für die Gesamtarbeiterchaft bestimmte Versicherung auch dann durchaus nicht durch Einzelbetriebs-Organisation geregelt werden darf. Lassen wir diese Zukunftsmusik beiseite und halten wir uns an dem, was ist.

Schen die Schaffung der Grundlagen der Betriebskasse ist ausschließlich dem Unternehmer vorbehalten. Sowohl der Erlass als auch Änderungen des Status ist sein ausschließliches Recht. Die Kassenmitglieder sollen darüber zwar „gehört“ werden, doch brauchen Einwendungen keineswegs beachtet werden. Bei der Auswahl und Bestellung des Rechnungs- und Kassenführers ist auf Grund § 64 R.-V.-G. das Mitbestimmungsrecht des Vorstandes in der Betriebskasse ausgeschaltet. Ebensoviel ist der Generalversammlung ein ausschlaggebendes Recht bei Anstellung weiterer Beamten eingeräumt, wohingegen die über die Rechnungs- und Kassenführung hinausgehenden Sorgen von der Kassenverwaltung zu tragen sind. Eine ganz ungeheuerliche Rechtsverlümmerung liegt in der Verzogung des Stimmrechts denen gegenüber, die nach § 27 R.-V.-G. freiwilliges Mitglied der Kasse bleiben. Sie dürfen wohl nach ihrem Austritt aus dem Betriebe weiterzahlen — und zwar auch den Anteil des Arbeitgebers —, aber ein Einfluß auf die Kasse ist ihnen unmöglich gemacht. Angesichts dieser Dinge ist ganz erhebliche Einschränkung der Selbstverwaltung zu bestreiten, in Herrn Stier-Somlo vorbehalten. Er nennt das eine „Eigenart“ der Verwaltung und meint: „Es ist daher in seiner Weise gesagt, daß die Selbstverwaltung eine geringere sein muß bei den Betriebskassen als bei den Ortskassen.“ Jeder Realist der Krankenversicherung wird den in diesem Satz liegenden Optimismus, dem die realen Tatsachen entgegenstehen, bewundern.

Zu all dem kommt noch manches andere. Die Berechtigung des Unternehmers, über den Gesundheitszustand des in den Betrieb nur eingestellenden Arbeiters ein Altest zu fordern, bedeutet eine Verhinderung der Arbeitsgelegenheit überhaupt. Einmal wird dadurch der Arbeiter, dessen Gesundheit durch die moderne Produktionweise meist seine Sollseite ist, der Arztpflege zugetrieben — andererseits verbleiben diese Zurückgewiesenen den Ortskassen und wirken durch ihre Zahl schließlich so niedrigründig auf die Gesamtversicherung. — Der Eintritt häufiger und anhaltender Erkrankungen bei den im Betriebe Beschäftigten läßt ferner das Damotelschwert der Entlassung ständig über deren Köpfen schwelen. Kranke Arbeiter braucht man ja nicht, für sie gibt's gefunden Erfah. Die Folge ist Verheimlichung der Krankheiten, was gewiß nicht die Volksgesundheit fördern dürfte. —

Und nun noch ein Wort zu einer anderen Seite der Leistungsfähigkeit der Betriebskassen! Jeder in sozialer Hinsicht weitblickende verlangt von der Krankenversicherung die Fortentwicklung beziehungsweise Ausgestaltung auf breiterer Basis als bisher geschehen. Zunächst kommt da eine Erweiterung in der Richtung der *Familienfürsorge* in Betracht. So erstrebenwert dies ist, so wenig ist es auf Grundlage von Betriebskassen zu wünschen; denn hier wäre mit dieser Wohltat zweifellos die Gefahr der Abteilung der Versicherten an die Betriebsstätte verbunden, für welche sich der Arbeiter mit Recht bedauert. Am übrigen haben auch die Unternehmer wenig Neigung für eine derartige Ausdehnung ihrer Kassen auf die Familien der Arbeiter, welche leichtere recht grobe Risiken darstellen und ihm daher Kosten machen könnten infolge der Zuschlagspflicht. — Und werden die Betriebskassen je in Frage kommen für die schon viel zu lange hinausgezogene Versicherung der Hausgewerbetreibenden usw.? Gewiß nicht! Da werden wieder die Ortskassen heran müssen, umsonst als gerade

diese Arbeitergruppe eine sehr große Krankheitsgefahr zu verzeichnen hat und infolgedessen der Stütze der Gesamtheit der Versicherten bedarf.

All diesen vorgeführten Schädlichkeiten, die die Arbeiterschaft wahhaftig schwer genug empfindet, weiß Stier-Somlo nichts weiter entgegenzuhalten als gewisse Vorteile und Pflichten des Unternehmers (Kosten der Rechnungsführung, Vorschuß- und Zuschlagspflicht), von denen jeder Eingeweihte weiß, daß es in der Wucht des letzteren liegt, sie auf ein Minimum zu reduzieren, wenn nicht überhaupt ganz auszuschalten. Gegenüber diesen Ansichten des Nachmannes Prof. Stier-Somlo muß denn doch festgestellt werden, daß — wie im vorstehenden wohl hinreichend nachgewiesen ist — bei der Errichtung einer Betriebskassentafel lediglich der Unternehmer zu gewinnen hat, der Arbeiter aber vieles verliert: sein ihm unbedingt zufallendes Selbstbestimmungsrecht bei der Gestaltung der für ihn geschaffenen sozialen Versicherung. Nur durch seine unbeschränkte Mitarbeit wird diese eine Entwicklung im Sinne der heutigen sozialen Erkenntnis erfahren. Diesen einzigen richtigen Standpunkt hat neuerdings auch die XIV. Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskassenfassen in Deutschen Reich eingenommen, welche am 19. August in Mainz tagte. Hier waren ausdrücklich Männer vom Hochbeamten, darunter auch viele Arbeitgeber, die einstimmig in ihren Thesen die entgegengesetzte Auffassung als die Stier-Somlos widerlegten. Das kann auch nicht anders sein, sofern nicht für Beurteilung der Sache nur fiktive, sondern vor allem höhere Gesichtspunkte herangezogen werden, die vom Interesse der Allgemeinheit dictirt sind. Die Versicherten mögen aber den Schluss aus solchen Ausschreibungen ziehen, daß sie angesichts der geplanten Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung auf der Hut sein müssen, um nicht eine weitere Beschränkung ihrer so länglichen Rechte auf diesem Gebiete zu erfahren. Insonderheit müssen wir gegen die Erhaltung der Betriebskassentafeln ganz energisch Front machen. Wy-

Unsere internationale Tagung.

III.

Stuttgart, den 27. August 1907.

Der Vorsitzende A. Mohs. Berlin eröffnet die Sitzung kurz nach 9 Uhr vormittags.

Es wird fortgesprochen in der Verhandlung über „die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie die allgemeine Fürsorge der Arbeiter in öffentlichen Betrieben.“

Schäld. München: Die Lage der bayerischen Staatsarbeiter verdient noch besonders beleuchtet zu werden. Sie sind noch viel weiter zurück in ihrer materiellen Lage als die Gemeindearbeiter. Dabei ist das Zeintum, das sich nach außen hin so arbeiterfreundlich gebildet, in der Majorität! Ganz besonders traurig steht es bei den Salinenarbeitern. Auf 6 Stunden Arbeit folgen 6 Stunden Ruhe, dann gleich wieder 6 Stunden Arbeit und sofort bis die gesetzlich bedingte 35stündige Ruhepause eintritt. Für Großstädte würde ich es auch für viel besser erachten, wenn die Lohnstafel überhaupt in Wegfall kommt. Kollege Tittner hat schon erwähnt, daß das System der Verjüngungskassen einer einflußreichen Änderung bedarf. Besonders in München wird der Arbeiter, nachdem er 6 300 M. eingespart hat, schwer für unsere Bewegung zu haben sein. Aber auch er selbst führt bei dem jetzigen System sehr schlecht. Solange nicht von Seiten des Staates etwas Zwischenmaßnahmen geschaffen wird, werden auch die Verhältnisse darin nicht wesentlich verbessert werden. Die periodischen Lohnverhöhungen sind in der gegenwärtigen Verfassung von recht zweckmäßiger Güte. Wenn wir eine einzige Lohnstafel hätten, ließe sich darüber reden, aber die gegenwärtigen viel zu langfristigen Lohnstafeln erweisen sich oftmals hinderlich bei der Weitergestaltung der Lohnverhältnisse. In der Schweiz sollen Monatslöhne eingeführt werden. Dagegen muß ich mich erklären, annual der Arbeiter nicht einen vollen Monat auf den Lohn warten kann. Wie sollten unbedingt Wochenlöhne verlangen. Der städtische Arbeiter muß sich immer in Gemeinschaft fühlen mit den anderen Arbeiterklassen.

Greulich. Zürich teilt mit, daß trotz des Monatlohnes in der Schweiz zweiwöchentliche Lohnzahlung bestehenbleiben soll. Wuhly. Berlin: Es ist überaus interessant zu erfahren, daß in der Schweiz ein Zustand existiert, wonach der städtische Arbeiter den 5. oder 6. Teil des Höchstgehaltes der ersten Kommunalbeamten erhalten. Die Entbehrgeldhöhe des Oberbürgermeisters in Deutschland von 30.000 M. stehen dagegen in seinem Vergleich zum Lohn des Arbeiter. Die Bemühungen für Monatslöhne erscheinen für Deutschland nicht anwendbar. Wir müssen zwar um jeden Preis Verbesserungen für die Arbeiter heranzuholen, aber von den gegenwärtig zumeist geahlten Stundenlöhnen müssen wir zunächst zu Wochenlöhnen kommen, damit wir auch die Bezahlung der Feiertage usw. durchsetzen können. Die

langen Lohnstufen sind vom Nebel. Wir müssen die Stufen zusammenbringen. Wenn Kollege Altvater sagt, wir wollen überhaupt allgemein unseren Tarif ändern können, so dachte er dabei wohl an regelrechte Lohnarbeitsabschlüsse. Dem stimme ich zu; denn Tarife zwischen Organisation und Stadt abgeschlossen, müssen auch unser Ziel sein.

Schönderwoerd-Holland legt die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der holländischen Kollegen im einzelnen dar. Er erklärt sich besonders gegen die Monatslöhne. Man will die Arbeiter als Beamte charakterisieren und hofft, dies würde schließlich ihrem Organisationsstreit hinderlich sein. Der Lohn sollte jedenfalls unbedingt wöchentlich ausbezahlt werden.

Vöhring-Hamburg: Wir haben in Hamburg die Absicht, eine einheitliche Lohnstufen einzulegen, damit würden wir entgegengesetzte Bestimmungen aufheben, wie das Kollege Schöder will. Zu Hamburg haben wir seit langem Wochenlöhne verlangt; man zahlt nämlich in der zweitgrößten Stadt Deutschlands noch immer Stundenlöhne. Schon der § 616 B. G.-B. wird damit gewissermaßen illusorisch gemacht. Das kann man getrost als einen Bereich gegen die guten Sitten betrachten. Grundsätzlich möchte ich mich auf den Standpunkt stellen, daß die höhere Lohnform die bessere ist, also wenn es kein kann: Monatslöhne. Desgleichen halte ich auch die Lohnstufen durchaus für zweckmäßig. Es sind zwar gewisse Mängel vorhanden bei den langjährigen Lohnstufen. Sie müssen also kurzfristig sein, aber die steigende Lohnstufe ist eine Notwendigkeit, um überhaupt einmal Lohn erhöhungen zu bringen. Viele Stadtverwaltungen, darunter natürlich auch Hamburg, kommen zu gerne daher und sagen: „Was? Voriges Jahr habt Ihr erst mehr verlangt?“ Früher standen die Löhne der städtischen Arbeiter durch die Bank unter denen der Privatindustrie. Das hatte seinen Grund in dem Feinden unserer Organisation. Allmählich beginnt das besser zu werden. Wir haben die steigenden Lohnstufen verlangt und sagten, die Höchstlöhne müssen nach drei Jahren erreicht werden. Die Dienstalterzulagen betrachte ich von dem Standpunkt aus, daß der Arbeiter die Sicherheit haben will, fortlaufend vorwärts zu kommen. Ich teile nicht den Standpunkt Altvaters, Schöders und Wukus, daß neue Arbeiter denselben Lohn erhalten sollen wie derjenige, der bereits 10 Jahre und mehr im Betriebe ist. Es wird zunächst eine technische Gewandtheit erworben. Oben der Arbeiter ferner bei der Stadt bleibt und seine Arbeitstrafe unausgesetzt der Stadt widmet, hat er wohl recht, wenn er höheren Lohn dafür beansprucht. Ich kann auch Schöder und Altvater entgegenhalten, daß ein älterer Arbeiter mit Frau und Kindern mehr braucht, als ein alleinlebender jüngerer. Von allen diesen Gesichtspunkten aus muß die Lohnfrage gleichfalls beachtet werden. Die sozialen Fürsorgeeinrichtungen sind ebenfalls überaus notwendig, natürlich darf die Freiheit des Arbeiters in seiner Weise dadurch beeinträchtigt werden. Es ist wohl möglich, daß die Fürsorgeeinrichtungen Arbeiter von den Organisationen abwenden machen sollen, aber das zu verhindern, muß Sache unserer Organisation sein.

Gereulich-Zürich: Wir müssen unsere Vertretung vom Standpunkt des Sozialisten betrachten, sonst fahren wir mit der Stange im Nebel herum. Wir erwarten vom Sozialismus, daß die Lage des Arbeiters eine sichere werde. Wir sagen ferner: Für die Handarbeit wollen wir die gleiche Position erringen wie für die Schreibarbeit. Es ist nicht richtig, die Handarbeit so unendlich viel niedriger einzuschätzen, als die geistige Arbeit. Wir sagen also: möglichste Sicherheit und damit monatliche Rundmündigungen. Bei Entlassungen können auch innerhalb dieser Zeit die Zulagen begangen werden. Der unterste Stufe können wir kaum besser helfen, als durch eine gewisse Sicherstellung des Anfangslohnes. Wir geben in der Schweiz soviel, daß wir sogar für die Strafenarbeiter und die bei den Leistungen Tätigen die bestimmte Anstellung verlangen und durchsetzen werden, damit endlich einmal die Verschwendungen dieser Arbeitskräfte aufhören. Gegenwärtig läßt man diese Leute bei Regen usw. einfach auf hören, weil man schlecht disponiert. Wir verlangen Sicherung und gleichen Winter, wie Sommerlohn. Ich gebe zu, daß die Kollegen bezüglich der Verkürzung der Zahlungsfristen recht haben. Wir sind ferner entschlossen für ganz bestimmte Zulagen. Dann liegt es aber nicht im Interesse des Arbeiters, schon nach 3 Jahren das Maximum zu erreichen, sondern in längeren Zeiträumen. Man stellt sich nun vor, die Lohnbewegungen unter der Zeit werden dadurch verhindert. Aber Sie nehmen die Beispiele aus der jüngsten Zeit der wirtschaftlichen Hochconjunktur, wo die Lebensbedürfnisse und die Löhne in der Privatindustrie gestiegen sind. Wenn aber die Zeit vorbei ist und der Himmel nicht mehr voller Vorzeichen hängt, wird sich das auch bei den Gemeindearbeitern zeigen. Am Durchschnitt dauert es bei den Gewerkschaften etwa 10 Jahre, ehe eine höhere Lohnordnung durch bestreite Tarife festgesetzt. Das weiß ich aus Erfahrung. Nun, unsere Lohnordnung wird innerhalb 10 Jahren gleichfalls sicher geändert. Der städtischen bezahlte Arbeiter ist der jüngstnominierte und je höher und sicherer der Arbeiter materiell steht, desto besser kann er für den Stumpf eintreten. Dieser Gedankengang muß vom sozialistischen Standpunkt aus festgehalten werden.

Schäfer-Köln: Die Preisgabe der ganzen Theorie des Arbeitgeberententsatzes brachte notwendige Wandlungen unserer Ausdrucksform mit sich. Die Lohnstufen legen uns oftmals schwere Hindernisse in den Weg. Wir geben sie natürlich nicht ganz preis, aber wir müssen auf die geistige Reise der Arbeiter etwas mehr Wert legen. Ein großer Teil der Kollegen versteht den Zweck der Lohnstufen nicht. Dr. Leoni hat recht, der Ausbau des Arbeiterrechts muß Hand in Hand gehen mit der intellektuellen Entwicklung der städtischen Arbeiter. Es müßte auch ver sucht werden, die städtischen Verbörden usw. etwas mehr in Kenntnis zu bringen, um mehr Aufmerksamkeit zu erzielen. In diesem Sinne könnten auch die internationalen Verhältnisse als Unterlage verwertet werden.

Wohls-Berlin: Ich habe mich genötigt, mit in die Diskussion einzutreten, so wie sie jetzt ausgetragen hat, führt sie zu einem Resultat. Schon in der deutschen Delegation sind wir nicht einig über diese Dinge, und daher gar nicht in der Lage, positives zu beschließen. Es würde vorschlagen, daß in den einzelnen Ländern diese Frage diskutiert wird, um auf der nächsten internationalem Konferenz diese Sache erneut zu beraten. Dann können wir vielleicht etwas Greifbares zu schaffen.

Schöder-München: Von den sozialpolitischen Einrichtungen der Stadtverwaltungen habe ich eine sehr pessimistische Auffassung. Sie sind zweimal nicht zum Wohle der Arbeiter geschaffen, sondern aus dem Bestreben, die Arbeiter vor der Organisation zurückzuhalten. Laut Gewerbeordnung kann man jeden Tag den Arbeiter entlassen. Die monatliche Rundmündigung würde also bloß ein Hemmnis für die Arbeiter sein. Ich bin also entgegengesetzter Meinung wie Genosse Greulich.

Lischka-Dresden: Wir haben bisher stets für die Lohnstufen gekämpft und das mit Recht. Desgleichen müssen wir voll und ganz für die sozialen Fürsorgeeinrichtungen eintreten.

Altvater-Stuttgart: Ich bleibe bei meinem Standpunkt, daß die laufenden Lohnstufen nicht zweckmäßig sind. Wir finden leider nur zu häufig das artifizielle Völker, die zu Beamten gemacht werden, aus unseren Reihen verschwinden. Vielleicht geht man dann zu einer Unterbeamten-Erziehung, die patriotische und soziale Dinge anstrebt, anstatt für wirtschaftliche Fortschritte einzutreten. Wir haben in dieser Beziehung bitterböse Erfahrungen gemacht. Wir müssen schon vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus dafür sorgen, daß die Organisation nicht entbehrliech wird. Wir machen sie entbehrliech, wenn die Arbeiter in vierwöchentlicher Rundmündigung stehen.

Dittmar-Berlin: Ich handelte im Schlussswort zusammenfassend die stattgehabte Diskussion. Die Statistik über die städtischen Arbeiter läßt in Deutschland noch alles zu wünschen übrig, trotzdem zahlreiche Städte seit vielen Jahren statistische Amtster befreien. Kedner verweist in dieser Beziehung auf Zürich und neuerdings Dresden. Der Ertrag vieler städtischer Industriezweige wird immer profitabler, trotzdem will man dem Arbeiter nichts bewilligen. An der Forderung des Minimallohnes wird festzuhalten sein, doch steht dem nichts im Wege, die Lohnarbeitszeit gesondert von der Arbeitsordnung einzuführen. Das wird in den Städten mit allgemeinen Arbeitsordnungen auch bereits gemacht. Leider fehlen die letzteren noch fast überall. In Apenrade, wo die Gemeindeunternehmungen weiter ausgebaut sind, mögen allerdings die speziellen Fürsorgeeinrichtungen weniger ins Gewicht fallen, anders in Deutschland. Die periodischen Lohn erhöhungen sind in jeder Beziehung notwendig und richtig. Da sie werden neuerdings immer häufiger auch für die Privatindustrie feinen der organisierten Arbeiter gefordert. Anknüpfen wir an das Vorbildende an und fordern wir für Verkürzung der viel zu langen Lohnfristen von 15 und mehr Jahren, wenn man inzwischen nicht schon gestorben ist, in denen oftmals erst die Höchstlöhne erreicht werden. Aber auch die Wochenlöhne erscheinen bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge in Deutschland als das wünschenswerteste Ziel. Das mit den monatlichen Rundmündigungen ist den Arbeitern aedient, sem soll erneut außerdem sehr fraglich. Wie haben reiche Gegenbeispiele aus dem Bereich der Staaten und Provinzen enthalten, wo es trotz monatlicher Rundmündigung wie in einem Taubenschlag zugeht. Davon profitieren nur die Verwaltungen oder vielleicht ja nur die Situation für sich aus. Vorteilhafter wäre zulasten auch mir ja ein stabileres Verhältnis. Wir dürfen uns als Organisation jedoch nicht getroffen zu trauen, auch wenn man uns solchen eine Rundmündigkeit zu bleiben, selbst wenn man à la Dresden mit Beamtenvereinigungen gegen uns vorgeht. Die bloße Erinnerung vermag ebenso wenig wie eine diebezügliche Uniformierung und desgleichen unseren Befreiungen Abbruch zu tun. Kedner empfiehlt, um auch hier etwas Positives zu schaffen, eine Resolution, die sich an die deutschen Programmforderungen anlehnt.

Nach kurzer Geschäftserledigungssitzung wird unter Hinweis auf die zuletzt getretenen verschiedenartigen Auffassungen beschlossen, von bestimmten Maßlinien abzusehen. Tie zu diesem Punkt der Tagesordnung ange nommen eine Resolution hat folgenden Wortlaut:

In Erwägung, daß die Organisationen der in öffentlichen Betrieben tätigen Arbeiter mit aller Macht für die Verbesserung

der Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie auch größerer Arbeitersorge einzutreten haben, beschließt die Konferenz, zur Orientierung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter aller Länder regelmäßig die Statistiken der einzelnen Organisationen über diese Fragen auszutauschen, selbige brandenweise zusammenzustellen und in kleinen Festen herauszugeben.

Von Auftretung bestimmter, allgemein für alle Organisationen geltender Forderungen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in öffentlichen Betrieben tätigen Arbeiter wird von der Konferenz Abstand genommen. Die einzelnen Bruderorganisationen werden verpflichtet, über diese Punkte unter ihren Mitgliedern gründlich zu diskutieren und mit ihren auf diese Weise gewonnenen Ansichten an die nächste Konferenz heranzutreten.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: „Internationale Verbindung und gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen“ berichtet van Hinte-Holland, der gleichzeitig namens der holländischen Kollegen die Schaffung eines internationalen Sekretariats beantragt. Wir wollen, daß alljährliche Statistiken herausgegeben werden. Eine feste Unterstützung bei Lohnkämpfen festzulegen, ist vielleicht noch etwas zu frühzeitig, aber irgendwelche Beiträge werden wir zahlen müssen. Es wird ferner zweckmäßig sein, unsere internationalen Konferenzen im Anschluß an die internationale Arbeitertagfrage abzuhalten, wie es auch diesmal geschehen ist.

Möhs-Berlin: Die Anträge von Holland sind wohl gut gemeint, wenn wir aber nichts erheben würden der deutsche Verband der zumeist zahlende sein. Will man jemanden haben, der die Verantwortung der internationalen Geschäftsstelle trägt, so wäre dies ja nach unserem Vorschlag der jeweilige Vorsitzende des deutschen Verbandes. Überrechnungen müssen bezahlt werden. Mit der Ablösung der internationalen Konferenz im Anschluß an den Arbeitertagfrage bin ich nicht einverstanden. Wir tagen besser unabhängig davon und vielleicht schon eher wie in drei Jahren.

Sörensen-Dänemark: Wir sind gleichfalls für die Wahl eines internationalen Sekretärs, und zwar hier auf der Konferenz. Wenn die diversen Nationen bezahlen sollen, müssen sie auch das Recht haben, den Sekretär zu wählen. Ferner soll zur Unterstützung bei Lohnkämpfen ein Vorschlag vom Sekretär ausgearbeitet werden.

Großherzog-Schweiz: Ich glaube, wir können heute nur ein Protositorium schaffen. Wir sind nicht ermächtigt, irgendwelche Zusagen zu machen. Betrachten wir als Sammelstelle des Materials den deutschen Verband. Wir beauftragen die Deutschen, die Ausgaben für Statistiken usw. zu machen, und zwar nur in Deutsch. Wie in der Schweiz können dann die französischen, unter Umständen auch noch die italienische Übersetzung machen. Die Druckkosten der deutschen Statistiken mühten natürlich im Umlageverfahren von allen angeschlossenen Nationen getragen werden.

In üblichem Sinne sprechen sich noch Wuhly und Bürgert aus. Letzterer hält unsere nächste Zusammenkunft im Anschluß an den internationalen Arbeitertag für zweckmäßig und tritt für Kopenhagen im Jahre 1910 ein.

Sörensen-Dänemark und van Hinte-Holland treten in längeren Ausführungen für die Wahl eines internationalen Sekretärs im Rahmen ein.

Nach längeren Erwiderungen seitens des Kollegen Möhs-Berlin wird folgende Resolution in dieser Sache angenommen:

„Zum Zwecke einer besseren internationalen Verbindung wird der jeweilige Vorsitzende des deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes beauftragt, die hierfür nötigen Arbeiten, wie auch die von der Konferenz beschlossenen Resolutionen zur Erfüllung zu bringen. Die Kosten, welche das internationale Sekretariat verursacht, werden alljährlich durch Umlage von den angeschlossenen Organisationen ausgebracht, und zwar entsprechend der Mitgliederzahl derselben. Zur Unterstützung bei Lohnkämpfen ist ein Vorschlag vom Sekretariat auszuarbeiten, welcher dann den angeschlossenen Verbänden zur Bekanntmachung unterbreitet wird.“

Gleichzeitig wird beschlossen, daß die nächste internationale Konferenz im Anschluß an den nächsten internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen stattfindet.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung: „Die Alkoholfrage und die Arbeiter in öffentlichen Betrieben“ begründen Schäfer-Köhl und Schoonderwoerd-Holland eine bezügliche Resolution.

Nach kurzer Debatte wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die internationale Konferenz steht den Bestrebungen zur Bekämpfung des unmäßigen Alkoholgenusses sympathisch gegenüber. Besonders hält es die Konferenz im Interesse der Förderung des körperlichen und geistigen Wohles, wie auch der Pflege des gewerkschaftlichen Gedankens für unerlässlich, dahin zu

wirken, den Genuss alkoholhaltiger Getränke in öffentlichen Betrieben möglichst zu beseitigen. Die Konferenz betrachtet es als eine Pflicht der Betriebeverwaltungen, in den Werken für den nötigen Etikett, als Kaffee, Tee und vergleichbare Sorge zu tragen.“

Unter „Sonstige Anträge“ macht Lischken-Dresden auf die besonders traurig gearteten Verhältnisse des Krankenhauspersonals aufmerksam und wünscht, daß dieser Frage vielleicht auf der nächsten Konferenz näher getreten wird.

Nach den Schlusssworten des Vorsitzenden A. Möhs-Berlin sowie Danksworten des Kollegen van Hinte-Holland wird die erste internationale Konferenz Dienstag mittags gegen 2 Uhr geschlossen.

E. D.

Wenn du aber gar nichts hast, . . .

Es war einmal ein Tischler, der im städtischen Lazarett zu Danzig als Krankenwärter beschäftigt wurde. Fünf Jahre lang. Neben der langen Beschäftigungszeit spricht auch ein Zeugnis für die Tüchtigkeit des Mannes. Professor Dr. Barth, Oberarzt des Stadtlazaretts, hat in dem Zeugnis bemerk't, daß der Krankenwärter fleißig und nüchtern gewesen sei, daß er sich gute Kenntnisse und Fertigkeiten in der Krankenpflege erworben habe und außerdemlich in der Pflege Schwerverletzter sehr brauchbar gewesen sei. In der Tat, ein glänzendes Zeugnis. Argendein höherer Beamter der Stadt würde bei gleicher Tüchtigkeit mit Ehrenurkunden überhäuft werden. Seder höhere Beamte bekommt seine Pension, wenn er dienstuntauglich ist. Laut wird er dann die dankbare Gemeinde preisen, die ihren verbrauchten Kräften gewährt, was ihnen gebührt. Der Krankenwärter sollte die Lehreie der Medaille lernen, trotz aller Tüchtigkeit, die er an den Tag gelegt.

Eines Tages sollte im städtischen Lazarett die Sektion einer Leiche vorgenommen werden. Zu den Aufgaben des Krankenwärters gehörte es, Leichen zur Sektion vorzubereiten. Beim Aufschneiden des Schädels der Leiche gelangte ein Knochenplitter in den rechten Mittelfinger des Krankenwärters. Eine Blutvergiftung war die Folge. Sieben Wochen Krankenhausbehandlung. Der verletzte Mittelfinger mußte abgenommen werden. Als der Krankenwärter das Krankenhaus verließ, war er ein Krüppel.

Wer war der Schuldige? Viele Menschen behaupten, daß kommunale Betriebe nicht immer Blauerbetriebe sind. Bürgermeister und andere Herren nennen diese Menschen Heiter. Nun ist es also wohl nur Zufall gewesen, daß in der Zeit, in welcher der Krankenwärter die Verlebung erlitt, manches im städtischen Lazarett nicht vollkommen war. Zum Beispiel fehlte eine polizeiliche Verordnung mit Unfallverhütungsvorschriften. Gummitandschuhe extra für die Leichenhalle waren nicht da oder wenigstens nicht in genügender Anzahl. So kam es vor, daß die Gummihandschuhe aus den Operationsräumen auch in der Leichenhalle gebraucht wurden. Soll das der Gipfel der ärztlichen Gewissenhaftigkeit sein? Man vergegenwärtige sich, daß ein Arbeiter sich ruhig einem Chirurgen zur Operation anvertraut, ohne sicher zu sein, ob nicht doch mal die Gummihandschuhe, deren sich der Operateur bedient, in der Leichenhalle gebraucht worden sind. Hoffen wir, daß der Brunnens jetzt zugedeckt ist.

Unser Krankenwärter läßt den Kopf nicht hängen. Als Krüppel nimmt er den Kampf ums Dasein mit frischem Mut auf. In einer Stelle versucht er es, als Diener seinen Lebensunterhalt zu erwerben. Das ging aber nicht. Die Hand mit dem fehlenden Mittelfinger war bindlich. Durch die Luke in der Hand glichen die Teller beim Servieren hindurch. Der Diener mußte seinen Verdienst zum Erfolg für zerbrochenes Geschirr hingeben. Ähnlich ergeht es ihm in seinem ehemaligen Beruf als Tischler. Das war ja zum Verzweifeln. Doch da beginnt sich der ehemalige Krankenwärter auf die Stadt, der er fünf Jahre treu gedient hat. Hier wird Hülfe kommen.

Vorlau darauf liegt einer Stadtverordnetenbehörde eine Petition des ehemaligen Krankenwärters vor, in der er um Aufstellung als Magistratsboten oder als Revisor bei den Gas- oder Wasserwerken bittet. Ein Stadtverordneter befürwortet diese Petition. Auch der Oberbürgermeister spricht. Die Petition wird nach den Tagungen des Stadtoberhauptes dem Magistrat „als Material“ überwiesen. Später nennen das ein anständiges Verfahren. Dem Schafe des Magistrats entsteigt eine Frucht, die an „den früheren Krankenwärter“ adressiert ist und in der es heißt: „Die bei der städtischen Verwaltung bestehenden Votensstellen dürfen nur mit Militäranwärtern besetzt werden, die sich im Besitz des Zivilversorgungsscheines befinden. Da dies bei Ihnen nicht trifft, vermögen wir Ihr Wunsch um Übertragung einer Votestelle auch nicht zu berücksichtigen.“ — Warum ist der arme Kerl nicht auch schon beim Militär zum Krüppel geworden, sondern erst als Krankenwärter. So also belohnt man treue Dienste?

Nachdem die Bemühungen um eine Stelle zur Zeitung des Lebens gescheitert waren, tauchte in dem früheren Krankenwärter die Idee auf, die Hülfe der vielgerühmten deutschen Sozialgegebung in Anspruch zu nehmen. Von derselben Stadt, in deren Diensten er zum Krüppel geworden, ließ er sich seine Armut be-

scheinigen. Der Armutsteil sollte zur Erlangung des Armenrechts dienen, um die Stadt für den Schaden, den der Krankenwärter durch seinen Unfall erlitten hat, zivilrechtlich haftbar machen zu können.

Das Landgericht zu Danzig lehnte die Bewilligung des Armenrechts ab, weil ihm die Rechtsverfolgung der Stadt Danzig aussichtslos erschien. Zu dieser Ansicht des Gerichts hatte eine schriftliche Erklärung des Magistrats mit beigetragen. Hier heißt es unter anderem, daß die Stadt zum Schadenertrag geistlich nicht verpflichtet sei. Das ist doch wohl einleuchtend. Es kann sehr darauf an, ob ein geschickter Rechtsanwalt der Stadt nicht doch hätte mit Erfolg zu Leibe gehen können. Wenn man nur das Armenrecht hätte! Einen Rechtsanwalt auf eigene Kosten? Mein Geld leider!

Noch ein Versuch. Weitgehend beim Oberlandesgericht. Auch unzureichend. Die verdammt Paraphrasen, die in allen behördlichen Entscheidungen angezogen sind, lassen nicht zu, daß dem früheren Krankenwärter geholfen wird. Sogar der Minister wird noch angerufen. Das war überflüssig. Der Minister darf in die Reditsprechung der Gerichte nicht eingreifen. Ob der Reichstag hilft? Wer weiß das? Schaden könnte es nicht, wenn man sich in einer Petition an ihn wendet. Viele andere Personen, die auch ihre Hoffnungen vergeblich auf die preußische Justiz gesetzt hatten, finden sich. Gemeinsame Unbill verbündet sie. Eine Petition entsteht, mit einer langen Reihe von Beschwerden aller Art. Der ganzen preußischen Justiz wird der Gedächtnisbuch hingeworfen. Verzweifelt tönt ein Schrei aus allen Sälen der Petition. Schreie: "Verzweifelt!"

Der frühere Krankenwärter wird auch die letzte Hoffnung begraben müssen. Zwei arbeitet er, so gut es geht, in irgendeinem Großbetrieb. Möglicher genug wird der Lohn sein. Schließlich ist's doch besser als betteln.

Was lebt uns die erzählte Geschichte? Damals, als der frühere Krankenwärter noch in städtischen Diensten stand, hätte er sich dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter anschließen sollen. Der ganze erfolgreiche Krieg um das Armenrecht wäre dann überflüssig gewesen. Der genannte Verband gewährt seinen Mitgliedern, nach § 15 seines Statuts, Rechtschutz in allen auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung und Sozialpolitik liegenden Streitigkeiten. Schaut ihr nun, wie verworren es ist, nicht als "Wilder" herumzulaufen? Der Verband hätte die Sache einem tüchtigen Anwalt übergeben, und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Prozeß gewonnen werden würde. Daumt sollten die Arbeiter aller Berufe endlich begreifen lernen, daß jeder in seine Gewerkschaft hineingehört. Die städtischen Arbeiter Danzigs und anderwärts müßten unbedingt die nötigen Lebzeiten aus dem hier Gesagten ziehen. Sie wissen nun, wie es ihnen vielleicht auch einmal geben kann. Heute der, morgen ein anderer. Als einzelner machtlos, vereint unüberwindlich.

Die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands im Jahre 1906.

III.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften hatten 1906 in 2146 Ortsgruppen 115 508 Mitglieder gegenüber 117 079 im Jahre 1905, wobei eine Zunahme von nur 1411. Die Jahreseinnahme betrug 1.404 071 M., die Ausgabe 1.344 277 M. Der "Gewerksverein", das Organ der Hirsch-Dunderschen, gibt die Ausgabe mit 1.100 132 M. an, doch sind hier fälschlicherweise die angelegten Gelder im Betrage von 56 955 Mark eingerichtet. Im einzelnen verteilen sich die Ausgaben, nach Richtigstellung einiger Rechenfehler, die in der Veröffentlichung des "Gewerksvereins" enthalten sind, folgend: Verbandsorgan 135 522 M., Agitation 171 704 M., Ausserungen und Streit 442 262 M., Rechtschutz 15 984 M., Reise-, Umzugs- und Rotationsunterstützung 70 180 M., Arbeitslohnunterstützung 136 013 M., Bildungsförderung 11 551 M., Ortsverbands- und Verbandssteuern 50 865 M., Justiz- und Drucksachen 56 832 Mark und Verwaltungskosten 250 014 M. An Haushaltseinstand verblieben am Jahresende in der Gewerkschaftsstätte 1.318 113 M., in Kranken- und Begegnungsstätten 1.372 351 M., in Begegnungsräumen 183 316 M., zusammen 3.626 082 M.

Ausgaben von den Gewerkschaften der Maschinenbauer, Kaufleute und Fabrikarbeiter kommen die einzelnen Organisationen nach ihrer Mitgliederzahl kaum in Betracht. Es hatten Mitglieder: Maschinenbauer 15 199, Kaufleute 18 623, Fabrikarbeiter 17 133, Tischler 6994, Textilarbeiter 6299, Schuhmacher 5300, Schneider 4050, Bergarbeiter 2509, Tabakarbeiter 1900, Graphische Berufe 1899, Topfer 1771, Buchdrucker 1222, Frauen und Mädchen 792, Bildbauer 451, Brauer Berlin 115, Montatoren 298, Schlosser 251, Brauer Hamburg 188, Mellek 81, Brauer Stettin 60, Klempner 17.

Zu dem Gewerkschaftsangehörigen christlichen Gewerkschaften hatten 1906 in 3045 Ortsgruppen 217 116 Mitglieder gegen 188 106 im Jahre 1905, mithin eine Zunahme von 59 010. Unter den Mitgliedern befinden sich 21 616 weibliche. Die Jahreseinnahme dieser Gewerkschaften betrug 3.375 833 M.

die Ausgabe 2 703 260 M., der Haushaltseinstand am Jahresende 2 370 782 M. Im einzelnen wurden verausgabt für: Verbandsorgan 275 260 M., Agitation 262 787 M., Streit- und Gewerkschaftsunterstützung 531 435 M., Rechtschutz 61 233 M., Reise- und Arbeitslohnunterstützung 31 464 M., Haushaltseinstand 265 185 M., Sterbegeld 136 994 M., Sonstige Unterstützung 12 494 M., Bildungsförderung 15 268 M., Beitrag an den Gewerkschaftsverband 35 170 M., Gehälter 76 631 M. und an Verwaltungskosten 124 977 M.

Von den einzelnen Verbänden, die dem Gesamtverband angehören, hatten 1906 Mitglieder: Bergarbeiter 73 512, Bauarbeiter 36 459, Textilarbeiter 34 581, Metallarbeiter 24 714, Bayerische Eisenbahner 22 155, Hufschmiede und Transportarbeiter 13 023, Holzarbeiter 10 222, Metamarbeiter 7031, Tabakarbeiter 6137, Heimarbeiterrinnen 3600, Schuh- und Lederarbeiter 3250, Schneider 3121, Buchdrucker (Gutenbergbund) 2714, Maler und Antreiber 2577, Graphische Berufe 1050, Bayerische Salinenarbeiter 823, Krankenpfleger 642, Gärtner 670, Bäder 472.

Die unabhängigen christlichen Gewerkschaften, d. h. die dem Gesamtverband nicht angehörenden, aber als "christlich" gelten wollenden Organisationen, hatten 1906 in 724 Ortsgruppen 73 132 Mitglieder, die sich auf folgende Verbände verteilten: Deutsche Eisenbahnhandwerker 35 091, Verein zur gegenseitigen Hilfe (Oberdeutsche) 10 000, Bayerisches Postpersonal 9139, Badische Eisenbahner 8700, Württembergische Eisenbahner 7315, Württembergisches Postpersonal 2557.

Diese Organisationen hatten eine Jahreseinnahme von 266 082 Mark, eine Ausgabe von 265 173 M. und am Jahresende einen Haushaltseinstand von 235 162 M. Über die Ausgaben im einzelnen ist in der Statistik der christlichen Gewerkschaften nichts berichtet.

Die Angaben über die "unabhängigen Vereine", das sind die Organisationen, die gewerkschaftlichen Charakter haben, aber keiner Zentralstelle angehören, sind sehr wechselnd, weil sie größtenteils nicht von diesen Organisationen selbst gemacht sind, sondern von den Vorständen der Zentralverbände. Die Mitgliederzahlen lassen sich von einem Jahr zum anderen schwer vergleichen, weil vielfach von den Vorständen der Zentralverbände über diese Vereinigungen nichts berichtet wird. So berichtet der Vorstand des Bergarbeiterverbandes, daß 1906 in solchen Vereinen 10 000 Mitglieder vorhanden waren, während er für 1905 keine Angaben gemacht hat. Infolgedessen erhöhte sich die Gesamtmitgliederzahl dieser Vereine von 65 262 im Jahre 1905 auf 73 541 im Jahre 1906, obgleich vier Organisationen im letzten Jahre sich dem Zentralzentralen angeschlossen haben und deshalb aus dieser Gruppe ausgeschieden sind. Die Verbände der Hoteldiener mit 2303 Mitgliedern, der Photographen mit 716 und der Xylographen mit 183 Mitgliedern haben sich der Generalkommission angeschlossen. Der "Gutenbergbund", eine während des Streits der Buchdrucker 1892 von Streitbrechern gegründete Organisation, die 2300 Mitglieder zählte, hat sich dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossen. Es waren 1906 in 24 Berufen solche "unabhängigen" Organisationen vorhanden. Die meisten dieser sind lokale Vereine. Verbände, die in dieser Gruppe gezählt und hatten, die Brauer, Bierbrauereitüten, Brauerei der Stoßdruckindustrie, Montatoren, Lithographen, Porzessmaler, Textilarbeiter, Zeichner und Graphikermeister. Auf die einzelnen Berufe verteilen sich die Mitglieder der "unabhängigen" Vereine folgend: Bierwirtschaften 19 000, Graphikermeister 12 000, Bergarbeiter 10 000, Eisenbahner (Oberdeutsche) 9133, Handelsaufsichtsarbeiter 5500, Montatoren (Sachsen) 5000, Bierbrauereitüten 4000, Brauer 2000, Gemeindearbeiter 1770, Zeichner 911, Bäder 900, Montatoren 600, Lithographen 600, Brauerei der Stoßdruckindustrie 500, Porzellanarbeiter 350, Textilarbeiter (Rhönische) 300, Buchdruckereiaufsichtsarbeiter 200, Dachdecker 200, Photographen 150, Buchbinden 120, Hoteldiener 110, Zigarettenfertiger 80, Apotheker 50, Zattler 50.

Reben diesen sechs Organisationen, über die vorstehend näherre Angaben gemacht sind, bestehen noch zahlreiche Vereine mit vielen tausend Mitgliedern, die zwar als Berufsvereine, nicht aber als Gewerkschaften gelten können. Aus diesem Grunde empfiehlt es sich auch, von ihrer Aufzählung und der Hinzurechnung ihrer Mitgliederzahl zu der der Vereinigungen, die einen gewerkschaftlichen Charakter haben, abzuwenden. Es können, wenn ein Gleichtitel der gewerkschaftlichen Bewegung in Deutschland gegeben werden soll, nur die jenseits Gruppen in Betracht gezogen werden. Diese hatten 1906 insgesamt 2.215 165 Mitglieder gegenüber 1.819 930 im Jahre 1905, somit eine Mitgliederzunahme von 395 221. Von dieser entfallen auf die Zentralverbände 331 906, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 1111, die christlichen Gewerkschaften 59 010 und die "unabhängigen" Vereine 8282. Es nahmen gegenüber 1905 an Mitgliedern zu die Zentralverbände um 25,8 Proz. und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften um 1,2 Proz.

An Einnahmen hatten die letzteren drei Organisationen einschließlich der unabhängigen christlichen Gewerkschaften im Jahre

1906 46 651 578 M., an Ausgaben 41 285 423 M., und an Massenbeifand am Jahresende 31 544 660 M., einschließlich der Massenbeifande der Aranten- und Begegnungsstätten der Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine. Der größere Teil dieser Summen entfällt, wie vorstehend nachgewiesen, auf die Zentralverbände, neben deren Einnahmen und Ausgaben die der christlichen Gewerkschaften und der Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine sich unbedeutend ausnehmen. Der größere Fortschritt, welchen die Zentralverbände gegenüber den anderen Organisationsgruppen aufweisen, ist aber nicht nur für das Jahr 1906 zu verzeichnen, sondern ist während der ganzen Jahre, für welche sich Vergleiche anstellen lassen, vorhanden gewesen. Der Bestand der Organisationen im Jahre 1906 verglichen mit dem von 1900 zeigt dies deutlich. Es hatten 1900 an Mitgliedern: die Zentralverbände 650 427, die christlichen Gewerkschaften 159 770, die Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine 91 661. Es nahmen bis zum Jahre 1906 an Mitgliedern zu: die Zentralverbände um 1 009 282 = 118,33 Proz., die christlichen Gewerkschaften um 160 478 = 100,44 Proz. und die Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine um 26 847 = 29,29 Proz. Der Abstand der letzten beiden Organisationsgruppen von den Zentralverbänden ist so bedeutend, daß man wohl nicht irre geht, wenn man behauptet, daß nicht den christlichen Gewerkschaften, am allerwenigsten aber den Hirsch-Dunderischen Gewerksvereinen die Zukunft gehört.

Die christlichen Gewerkschaften hatten nach ihrer Angabe über 200 Beamte. Wieviel es über 200 sind, verschweigt der Bericht vorläufigerweise. Dies zu wissen, würde jedoch für einen Vergleich mit den Zentralverbänden von großer Bedeutung sein. Nehmen wir nur die 200 Beamten der christlichen Gewerkschaften als Grundlage für die Berechnung, so ergibt sich, daß bei 320 248 Mitgliedern auf je 10 000 Mitglieder 8,09 Beamte kommen. Die Zentralverbände haben 1371 Beamte, und zwar 227 bei den Zentralstellen, 54 in den Redaktionen der Gewerkschaftsblätter, 300 als Gauleiter und 790 in den Zweigvereinen. Von den letzteren sind viele nur zum Teil besoldet, so daß sie eigentlich in die Berechnung nicht mit einzogen werden dürfen. Aber nehmen wir die volle Zahl, so kommen bei den 1 689 709 Mitgliedern der Zentralverbände auf je 10 000 Mitglieder 8,1 Beamte. Die "Christlichen" stehen somit prozentual den Zentralverbänden in bezug auf die Zahl der angestellten Beamten nicht nur gleich, sondern übertreffen sie, weil sie über 200 Beamte zur Verfügung haben. Und dabei ist zu berücksichtigen, daß die christlichen Gewerkschaften sich hauptsächlich in Rheinland und Westalen konzentrieren, während die Zentralverbände in allen Teilen Deutschlands ihre Mitglieder haben. Die "Christlichen" verausgabten 1906 für Agitation 262 787 M., das ist pro Kopf der Mitglieder 1,06 M. Die Zentralverbände verausgabten für Agitation 1 820 753 M., das ist pro Kopf der Mitglieder 1,08 M. Die zwei Pfennige, die bei den Zentralverbänden pro Kopf der Mitglieder mehr verausgabt wurden, als bei den Christlichen, werden keine so große Rolle spielen. Es räumen somit andere Gründe vorliegen, welche es herbeiführen, daß die christlichen Gewerkschaften weniger Werbekraft haben, als die Zentralverbände, denn die Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine haben pro Kopf der Mitglieder 1,15 M. für Agitation ausgegeben und doch 1906 nur 1111 oder 1,2 Proz. Mitglieder gewonnen.

Der Grund ist auch nicht in der Zahl der Beamten und der Ausgabe für Agitation zu suchen, sondern darin, daß die Arbeiterschaft immer mehr bewußt wird, daß die Zentralverbände wirklich ernsthafte Gewerkschaftspolitik treiben, die nicht nach den Wünschen bürgerlicher Parteien und nicht mit Rücksicht auf das Unternehmertum eingerichtet, sondern einzig und allein von dem Wohle der Arbeiterschaft abhängig gemacht wird. Dann aber übern die Zentralverbände auch eine größere Anziehungskraft aus, weil ihre Unterstützungsseinrichtungen weit besser sind, als bei den christlichen Gewerkschaften und den Hirsch-Dunderischen Gewerksvereinen, und die Ausgaben, welche diese pro Kopf ihrer Mitglieder für Unterstützungen haben, weit hinter denen der Zentralverbände zurückbleiben.

Es verausgabten für Rechtschutz und Unterstützungen mit Ausnahme der Arantenunterstützung und der Wehrhilfe in Sterbefällen pro Kopf der Mitglieder 1905 die Zentralverbände 2,79 M., die Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine 2,36 M., die christlichen Gewerkschaften 0,92 M.; 1906 die Zentralverbände 2,88 M., die Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine 1,88 M. und die christlichen Gewerkschaften nur 0,11 M. Für Streiks und Ausperrungen zahlten pro Kopf der Mitglieder 1905 die Zentralverbände 7,55 M., die Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine 2,45 M. und die christlichen Gewerkschaften 5,32 M.; 1906 die Zentralverbände 8,61 M., die Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine 3,73 M. und die christlichen Gewerkschaften 3,15 M. Nicht nur in bezug auf die allgemeinen Unterstützungen, sondern selbst bei der Ausgabe für Streiks blieben die christlichen Gewerkschaften noch hinter den Hirsch-Dunderischen Gewerksvereinen zurück. Um den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwenden, sind die christlichen Gewerkschaften gegründet worden, und nun kommen sie in bezug auf Unterstützungen über jämmerliche Leistungen nicht hinaus. Denn ebenso, wie mit den Unterstützungen im allgemeinen

und dem Rechtschutz steht es mit der wichtigsten Unterstützung, der für Arbeitslose. Es zählten 1905 Arbeitslosenunterstützung 41 Verbände mit 866 000 Mitgliedern 1 991 924 M., 16 Hirsch-Dunderische Gewerksvereine mit 115 717 Mitgliedern 193 746 M. und 12 christliche Gewerkschaften mit 120 615 Mitgliedern einschließlich Reiseunterstützung 13 571 M.; 1906 43 Zentralverbände mit 1 138 738 Mitgliedern 2 653 296 M., 16 Hirsch-Dunderische Gewerksvereine mit 116 239 Mitgliedern 136 043 M. und 11 christliche Gewerkschaften mit 135 333 Mitgliedern einschließlich Reiseunterstützung 34 464 M. Das macht pro Kopf der Mitglieder dieser Organisationen 1905 bei den Zentralverbänden 2,30 M., bei den Hirsch-Dunderischen Gewerksvereinen 1,67 M., bei den christlichen Gewerkschaften einschließlich der Reiseunterstützung 0,11 M., 1906 bei den Zentralverbänden 2,33 M., bei den Hirsch-Dunderischen Gewerksvereinen 1,17 M. und den christlichen Gewerkschaften einschließlich der Reiseunterstützung 0,25 M.

Weil die christlichen Gewerkschaften und Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine die Zentralverbände wegen ihres Kampfbartalters hämmern und selbst genötigt sind, Kämpfe führen zu müssen, und weil sie in bezug auf die Unterstützungsseinrichtungen weit hinter den Zentralverbänden zurückbleiben, deswegen finden sie bei vernünftig denkenden Arbeitern keinen Anklang. Die Zentralverbände haben ihr Unterstützungsweisen zwar auch erst in dem letzten Jahrzehnt ausgebaut, aber nicht weil sie solches nicht wollten, fanden sie so spät dazu, sondern weil sie der ständigen Gefahr ausgesetzt waren, die von ihnen getroffenen Einrichtungen durch polizeiliche Eingriffe wieder vernichtet zu sehen. Unter dem Sozialistengesetz wäre es töricht gewesen, die für die Unterstützungsseinrichtungen nötigen Fonds anzusammeln, denn jeden Tag konnte die Auflösung eines Verbandes und die Beischlagsnahme der Masse erfolgen. Auch in den ersten Jahren nach Aufhebung dieses Gesetzes war man neuerdings vor einem solchen Eingriff sicher. Dann führten die Gewerkschaften jahrelang den Kampf gegen die Behörden, die verhinderten, die Gewerkschaften, welche Unterstützungen zahlten, als Verhinderungsanstalten nicht nur unter Polizeiaufsicht zu stellen, sondern ihnen dann auch die Höhe der Beiträge vorschreiben, die nach Verhinderungstechnischen Berechnungen für die Unterstützungen notwendig sein sollten und die schließlich auch die Existenz der Organisation von der Genehmigung der Ministerien der Einzelstaaten abhängig machen. Erst mit der Aufhebung des Verbindungsvorbotes für politische Vereine und dem Gesetz über die Privatverhinderung erhielten die Gewerkschaften einigermaßen Sicherheit und konnten an dem inneren Ausbau arbeiten und die Unterstützungsseinrichtungen vervollkommen. Das Verbindungsverbot fiel, weil die sozialdemokratische Fraktion eine Bestimmung über seine Aufhebung in das Einführungsgesetz zum bürgerlichen Gesetzbuch hinzubringen wußte, die dann im Plenum des Reichstages gestrichen wurde, nachdem der Reichsangler das Versprechen gegeben hatte, daß das Verbot bis zum Jahre 1900 durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten aufgehoben werden würde. Als dies nicht geschah, erfolgte die Aufhebung durch Reichsgesetz. Zu das Gesetz über die Privatverhinderung wurde auf Antrag der sozialdemokratischen Fraktion die Bestimmung hinzugebracht, daß Vereine, die ihren Mitgliedern keinen Rechtsanspruch auf die Unterstützung gewähren, nicht unter das Gesetz fallen. Diese beiden für die Gewerkschaften so überaus wichtigen Bestimmungen dantten die Gewerkschaften der sozialdemokratischen Partei, und da sollten sie in dieser Partei nicht ihre politische Vertretung seien? Töricht ist es von den Arbeitern, die sich anderen Organisationen anschließen, weil die gewerkschaftlichen Zentralverbände ihnen als sozialdemokratische Organisationen geschildert werden, denn gerade der Sozialdemokratie dantten die Gewerkschaften wichtige Gesetzesbestimmungen, die ihnen den Weg für die Entwicklung frei gemacht haben, den sie in den letzten Jahren genommen. Der Zuwachs, den die Zentralverbände auch für 1906 wieder aufzuweisen haben und der um 21 000 Mitglieder größer ist, als die gesamte Mitgliederzahl aller christlichen Gewerkschaften und dreimal größer als die Mitgliederzahl der Hirsch-Dunderischen Gewerksvereine, läßt erkennen, daß die Arbeiterschaft der Belehrung nicht unzugänglich sind und daß die Arbeiter immer mehr einsehen, daß man sie nur von der richtigen Vertretung ihrer Interessen abhängt, fucht, wenn man die Gewerkschaften als sozialdemokratische Organisationen vertritt. Dieses Vertrauen auf die Arbeiterschaft und auf die Zukunft der Gewerkschaften wird hoffentlich der Bericht für 1907 auf neue Stärke und Kraftigkeit. C. Legien.

Die Verhältnisse bei der Straßenreinigung in Dresden

müssen wir wieder einmal einen Mittel untersuchen. Schon oft ist in der "Gewerkschaft" darauf hingewiesen worden, daß das gesamte Arbeitsverhältnis der Straßenreiniger ein sehr verbesserungswertiges ist. Man hat ja hier und da Reizungen eingeführt, trotzdem ist noch manches faul. Abgesehen davon, daß die Straßenreiniger 5 % Lohn weniger erhalten, als wie in den übrigen städtischen Betrieben, ist die Behandlung vor allem eine wenig humane. Sie ist auf den materiellen Vorteil gerichtet. Und in punkto

Antreiberei wird das menschenmögliche geleistet. Hier ist vor allem der Schenckmeister Graf hervorragend tätig. Lange Zeit schon liegt gegen ihn eine Menge Klagen vor. Schon am frühen Morgen, wenn der ehrsame Bürger noch in den Federn liegt, oder ne er - aufsticht, beginnt mit dem Alphaltwischen die reine Hölle. Bis 9 Uhr dauert dieses „Wettrennen“. Nun beginnt die Radreinigung. Hierbei verlangt Herr Graf, daß der einzelne mit seiner Arbeitstasse ein wahres Automobiltempo einhält. „Sie ziehen ja dahin wie die teure Zeit“, pflegt der Herr Graf zu sagen. Wenn man in den verkehrsreichen Straßen die Tätigkeit des Straßreinigers beobachtet, wenn man sieht, wie er sich unter den verschiedensten Aufläufen bewegen muß, um die so oft getümpte Sauberkeit der Dresdener Straßen aufrecht zu erhalten, so muß man sich wundern, daß sich nicht mehr Unfälle ereignen. Es ist uns unverständlich, wie man da noch eine ganz quellende Antreiberei ausüben kann. Der Verkehr ist schon zwingt den Reiter zu schnellen Bewegungen. Obendrein meinen wir, ist die unverständige Antreiberei gar nicht notwendig. Die Dresdener Straßeneinigung ist so wie ich schon die billigste von 15 deutschen Großstädten. Nach einer Berechnung betragen die Kosten der Straßeneinigung pro Quadratmeter in Berlin beispielsweise 31 Pf., in Dresden nur 20,2 und nur in Köln betragen sie 19 Pf. Rast weniger als vier 550 Quadratmeter Reinigungsfläche entfielen im Jahre 1906 auf den einzelnen Dresdner Arbeit. Das steht im Haushaltplan, es muß deshalb wohl stimmen.

Aber auch in anderen Weise weiß man zu „sparen“. In der Zeit vom 16. Juni bis insclusive 1. Juli wurden Aufzeichnungen gemacht, in welcher Weise die Verteilung der Arbeiter gehandhabt wird. Es fallen in die Beobachtungszeit 140 Urlaubstage, 13 Krautstöße, 422 Straßenbespritzungstage, sonstige Abkommandierungen 282 Tage. Das ergibt also 937 Tage, an denen bei der täglichen regelmäßigen Reinigung Arbeiter fehlten. Erfahrene wurden eingeteilt für 330 Tage; die 282 Tage für sonstige Abkommandierungen können ja faktisch nicht in Berechnung kommen, weil die hierfür nötigen Leute nicht am ganzen Tag der regelmäßigen Reinigung entzogen waren. Runden wir diese Zahl auf 300 ab, weil es bei Regentagen vorkommt, daß die Bespritzungsmaßnahmen teilweise wieder zur Kolonne zurückkommen, so bleiben immer noch 300 Arbeitstage übrig, die von den übrigen mit eingeschlossen werden müssen. Und das in der kurzen Zeit von 11 Tagen! Das tägliche Pensum muß jede Kolonne liefern, gleichviel, ob sie vollständig, oder ob die Hälfte abkommandiert ist. Bei einer derartig „weisen“ Berechnung darf man sich dann wahrscheinlich nicht über die „Volligkeit“ der Dresdener Straßeneinigung verwundern. Und bei näherem Zusehen ergibt sich, daß der Sommerurlaub, den man großmütig gewährt, gar nichts kostet. (Da läuft ja das ganze, vielverührte Berliner System wie ein Spiegelbild vor unseren Augen auf! D. R.) Wenn die Arbeitskraft demnach in Anspruch genommen wird, und obendrein noch eine grenzenlose Antreiberei bereit, darf man sich auch nicht wundern, wenn die Rauntheitsziffer bei der Straßeneinigung laut Statistik der Betriebsrentenfalle 50 Proz. ist! Bei einem durchschnittlichen Mitgliederbestand von 493 im Jahre 1906 waren 248 mit einerbaubar verbindliche Rauntheitsfälle zu verzeichnen. Diese Zahlen geben allerdings zu denken.

Wie meinen, es müßte doch auch dem Herrn Graf bekannt sein, wie der Gesundheitszustand bei der Straßeneinigung verschafft ist. Warum dann dieses eigenmächtige Verhalten? Haben die Herren Schenckmeister im allgemeinen Amtseifer von oben erhalten, ihre Leute zu gründlichster Eile anguspornt? Oder will sich Herr Graf nur besonders hervortun?

Wie dem auch sei, jedenfalls aber ist es notwendig, auf diese Zustände hinzuweisen. Und jedenfalls ist gerade bei der Straßeneinigung eine Verbesserung der Arbeitszeit dringend notwendig.

Für die Straßeneiniger ergibt sich aber die Lehre, mehr denn je dafür zu sorgen, daß sie sich in Ruhe zu sehen wissen. Weiterstärkung der Organisation, besseres kollegiales Verhalten ist das erste Erfordernis. Datum follegen, handelt danach!

Gaukonferenz der 3 Frankenkreise.

Am 1. September, vormittags 11 Uhr, tagte in Bamberg beim Genossen Ries die obengenannte Konferenz. Vertreten waren Nürnberg mit 3, Fürth, Erlangen, Bamberg, Würzburg und Schweinfurt mit je 1, Sonneberg i. Th. mit 2 und Bamberg ebenfalls mit 3 Delegierten.

Die Tagesordnung lautete: 1. Agitation und Organisation in den drei Frankenkreisen. 2. Aufzäfflung gemeinsamer Kontrollen. 3. Beschließenes.

Als erster Vorsitzender fungierte Hermann Pehold. Nürnberg, als zweiter Vorsitzender Paul Schäfer. Bamberg und als Schriftführer Friedr. Scherzer. Fürth. Einige prächtige Plakatentwürfe waren seitens der Bamberger Stellgen als Mitbringsel nach den Tischen aufgestellt. Nachdem Kollege Pehold für diese Aufmerksamkeit gedankt, ging er zum ersten Punkt der Tagesordnung über. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen:

Wenn wir einen Blick auf die letzte Gaukonferenz werfen, so finden wir, daß bis zur heutigen Konferenz die Verhältnisse im Gau ganz andere geworden sind. Es hat sich das Sprichwort bewahrt: „Richt an ihren Worten sollt ihr sie erkennen, sondern an ihren Taten“. Damals seien Leute unter den Delegierten anwesend gewesen, welche mit großen Worten für das Wirken und Gedanken unserer Organisation eingetreten waren, unterdessen jedoch Handlungen vollzogen haben, die von jedem vernünftigen denkenden Arbeiter aufs streiste verachtet werden müssten. Während der damalige Schweinfurter Delegierter zum „Arbeitswilligen“ herabgesunken sei und deshalb von der Organisation ausgeschlossen wurde, hat sich der frühere Kollege Hassel nicht geriert, die traurige Rolle eines Organisationszerplerers zu spielen. Waren in Nürnberg früher drei Gegner (Unternehmer, Indifferenzismus und Fürth-Dunderdiele) zu bekämpfen, so sind es jetzt vier. Der vierter Gegner in der neu gegründete „Verband der Gemeindearbeiter Süddeutschlands“. Während dem Unternehmer Vertretung seiner Interessen, dem Indifferenzismus Unwissenheit als Entschuldigung diene, sei den beiden anderen Gegnern kein Entschuldigungsgrund zugewilligt. Diese lebendigsten haben nun einen Annäherungsversuch an unsere Organisation gemacht. Er (Redner) habe aber abgelehnt. Mit dieser ablehnenden Haltung sei man seitens der Gegner freiberg gegangen, indem den unaufgelösten Arbeitern gezeigt wurde, beim „Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter“ läne die Interessenvertretung der Arbeiter erst in zweiter Linie. Daraufhin sei er (Pehold) ganz unverbindlich einmal in eine Versammlung der Kirche und Hoffmänner gegangen, um den Wert des damaligen Annäherungsversuches zu prüfen. Der Verlauf habe ihm gezeigt, daß das damalige freundliche Gesicht, welches man ihm entgegenbrachte, nichts anderes als eine grinsende Janusfratze war. Er habe demnach nicht unrecht gehabt, wenn er dieser Sippschaft gegenüber gemeint habe: „Drei Schrift vom Leibe“. Er habe nicht auf dem Standpunkt, überhaupt nicht mit Gegnern zu patzieren; aber ehrliche und ehrbare Gegner müßten es sein. Dabei erwähnte Redner, daß es nicht sein Wille sei, seine Zeit mit fortwährenden Schimpfen und Zanken mit den Kirchen und Hoffmännern zu vergeuden, diese Allüren überlässe er jenen. Er halte es für seine Aufgabe, sein eigenes Wissen noch mehr zu vertiefen und das Gesetz unter den städtischen Arbeitern zu verbreiten. Nur durch Lernen und Wissen verschaffe sich der Arbeiter Achtung und Ansehen, und mit diesem müsse sich auch seine Lebenslage verbessern. Er hoffte, daß sich die Delegierten dahin aussprechen, ob die bisher gepflogene Taktik von ihnen genehmigt werde.

Zur Frage des Gauen selbst müßte er bemerken, daß bis zur Begebung des Gauleiterpostens in verschiedenen Filialen ein Rückslag in der Mitgliederzahl eingetreten war. Erfreulicherweise sei jetzt eine Gunstnahme wieder zu verzeichnen. Es gelte, tüchtig Hand das Werk zu legen, und hierzu bedarf es der kräftigen Unterstützung durch die Filialverwaltungen. Redner hofft, daß er deshalb gewiß sei. Wenn auf dieser Konferenz Bamberg und Sonneberg als neu gegründete Filialen vertreten seien, so wäre zu wünschen, daß diese fest zur Sache halten mögen, auf der nächsten Konferenz möchten aber wiederum neue Filialen ihre Vertreter entsenden können.

An der anschließenden Diskussion beteiligten sich fast sämtliche Kollegen. Ihre Ausführungen schlossen sich denen des Kollegen Pehold an. Mit der gehandhabten Taktik war man allseits einverstanden. Kollege Hassel versicherte überdrüssiges Festhalten der Sonneberger Kollegen. Kollege Scherzer. Fürth regte noch an, bei den Gemeindewahlen nur Sozialdemokraten zu unterstützen.

Holte Nürnberg gab das Verhältnis der Hasselfischen Organisation bekannt. Trotzdem dieses Verhältnis seitens Hassel augenscheinlich gehalten werden, ist es uns gelungen, einen zuverlässigen Blick hineinzuwirken. Danach bleibt, nach Abzug von Hassels Gehalt, ferner den Prozenten für Einfässer und Bezahlung der „Eingabe“ nicht das geringste für Sterbegeld und sonstiges übrig. Er bedauerte die Kollegen, bei denen einst ein jahres und bitteres Erwachen folgen werde. Der Ruf, den Hassel einst auf uns schleuder, werde bei ihm zur bitteren Wahrheit, nämlich: „Mitglieder, macht den Beutel auf und zahlt, bis Ihr schwarz werdet!“

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurde Kollege Pehold beauftragt, für den Gau eine heiße Monatstafel zu deuten zu lassen, außer aber beim Verbandsvorstand anzutragen, ob es nicht richtiger sei, für den ganzen Verband auf Verbandsauflosten Märten anzuschaffen. Unter „Beschließenes“ wurde auf Anregung Pehold Bamberg der Gauleiter ersucht, beim Verbandsvorstand anzutragen, wie es mit der Ausführung des Mainzer Beschlusses sehe: Verbreitung belebender Schriften, Propaganda u. dgl., sowie Abhaltung wissenschaftlicher Vorträge. Nachdem eine Anregung um Freiliegung des Kreis der nächsten Konferenz keinen Anfang gefunden, schloß der Vorsitzende mit Tant an die Delegierten die Konferenz.

Die Delegierten nahmen unter Führung der Bambergischen Kollegen in der kurzen Zeit, welche ihnen noch zur Verfügung stand, eine Besichtigung der alten Bischofsstadt Bamberg vor. — D. R.

Notizen für Gasarbeiter.

Frankenthal. In der biegsigen Gasanstalt haben die Feuerhausarbeiter die achtstündige Arbeitszeit erreungen. Auf unsere am 3. Mai d. J. eingereichte Forderung wurde in einer Verhandlung zwischen Direction und Arbeitern folgender Tarif festgesetzt: 1. Feuerarbeiter (Feuerleute) erhalten einen Anfangslohn, bei achtstündiger Arbeitszeit, von 4,20 M., steigt nach einjähriger Dienstzeit auf 4,50 M.; erste Feuerleute erhalten 4,70 M. 2. Rohrleger, Maurer und sonstige Handwerker, welche auf die Gasanstalt beschäftigt sind, erhalten einen Anfangslohn von 4 M., steigt nach einjähriger Dienstzeit auf 4,20 M. 3. Gasarbeiter erhalten einen Anfangslohn von 3,40, ebenfalls nach einjähriger Dienstzeit steigend auf 3,70 M. Feuerleute erhalten nach zweijähriger Dienstzeit einen Sommerurlaub von 7 Tagen, alle anderen Arbeiter einen Holden von 6 Tagen nach fünfjähriger Dienstzeit. Außerdem ist die Zugerechtigkeit zur Organisation anerkannt worden. Die Bestimmungen sind bereits am 15. Mai in Kraft getreten. Wir haben diesen Erfolg nur dem freien Zusammenschluss der Kollegen in der Organisation zu verdanken. Es sollte dies für die der Organisation noch fernstehenden Kollegen zu denken geben, daß endlich die Zeit gekommen ist, sich der modernen Arbeiterbewegung anzuschließen.

Aus den Stadtparlamenten.

Barmen. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde eine Neuregelung der Lohnverhältnisse der städtischen Gasarbeiter und der städtischen Waldarbeiter beschlossen, wobei sämtlichen Arbeitern 10 Proz. pro Schicht ab 1. Oktober mehr bezahlt werden soll. Ferner wurde beschlossen die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für die Wasserwerksarbeiter.

Gelsenkirchen. Die Stadtverordneten beschlossen die Erhöhung der Anfangslöhne der städtischen Arbeiter um 10 Pf., der Schlüsselohne um 20 Pf., wodurch eine Mehrbelastung von 17–18 000 M. erfolgt.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Zur gesetzl. Beachtung! Vom 1. Oktober d. J. ob treten die in den §§ 17 bis 21 unseres Statuts vorgenommenen Unterstützungen in Gültigkeit der Arbeitslosigkeit und Krankheit in Kraft. Im Zusammenhang damit stehen die Herausgabe neuer Beitragsmarken und neuer Mitgliedsbücher. — Die Kollegen seien nochmals darauf hingewiesen, daß die Beiträge bis Ende September baldmöglichst entrichtet werden müssen, da vom 1. Oktober ab neue Bücher zur Ausgabe gelangen. Die alten Mitgliedsbücher sind, wenn die 30. Novemberabrechnung gelebt ist, nach Eintragung der Wohnungssadresse dem Beitragsammler zu übergeben. Unsere Beitragsammler ersuchen wir, alle Mitgliedsbücher, die bis Ende September gelebt sind, einzuziehen und dem Ortsbüro unverzüglich zu übermitteln. Es gelangen neue Beitragsmarken, desgleichen bei trogschei Märkten zur Ausgabe, dieselben dürfen nur in die neuen Bücher gelebt werden (von der 40. Woche an). Die neuen Mitgliedsbücher bitten wir sofort an die Mitglieder auszugeben. Die alten Beitragsmarken sind dem Ausleihbureau zurückzugeben. Eintrittsmarken verbleiben in den Händen der Beitragsammler. — Am Montag, den 30. September, findet bei Frankfurter Sitzung aller Vertrauensmänner statt, um über wichtige verbandsteutsche Fragen zu beraten.

Berlin. (Englische Gasanstalten.) In drei gut besuchten Versammlungen nahmen die Kollegen der Englischen Gasanstalten am Dienstag den 30. September die Berichte der Ausführungsmitglieder von der letzten Sitzung entgegen. Zur Verhandlung standen die in Nr. 33 der "Gewerkschaft" mitgeteilten Forderungen. Das Ergebnis der Verhandlungen war leider ein negatives. Die Direction lehnte die Anträge mit dem bekannten Hinweis auf die Stadt Berlin ab; oder richtiger gesagt, sie umging eine klare, unzweideutige Stellungnahme, indem siestellten ließ, daß, falls die Stadt Berlin die Forderungen der Arbeiter bewilligte, auch die Direction der J. C. G. A. folgen würde. Es ist dies eine Verlegenheitsserklärung und sie wurde als solche auch in den Versammlungen gebührend gebrandmarkt. Die Berechtigung der Forderungen zu betreiten, wagte die Direction angeblich der Leitungserhältlichkeit nicht, und so versuchte sie die Arbeiter mit jester Verlegenheitsserklärung abzuweisen. Um aber für die nächste Zeit Ruhe vor den „begehrlichen“ Arbeitern zu haben, detektierte sie einfach: „Die Ausführungsmitglieder für das nächste Quartal sollen aus“ und zwar, weil nach Ansicht der Direction nicht genugend Stoff zur Verhandlung vorhanden sei!! Woher weiß denn die Direction, daß die Arbeiter im nächsten Quartal keinerlei Wünsche haben? Und wenn der Verwaltung die Ausführungsverhandlungen so viel Schmerzen verursachen, so sollte sie die Schuld doch nicht den Arbeitern in die Schuhe

schieben. Wir können der Direction versichern, daß die Kollegen sehr gern auf eine Ausführungszeit im 4. Quartal verzichten hätten, wenn ihre Anträge zur Annahme gelangt wären. Wenn die Direction glaubt, dadurch die Wiedereinbringung der Forderungen zu einem für sie vielleicht ungünstigen Zeitpunkt zu verhindern, so gibt sie sich einer groben Täuschung hin. In allen Versammlungen kam zum Ausdruck, daß die Kollegen keineswegs geneigt sind, von den einmal gestellten Forderungen abzugehen. Wenn wir den günstigsten Zeitpunkt für eine ernste Einbringung der Forderungen für gekommen erachten, wird uns kein Detekt der Direction hinderlich dienen, dies zu tun. Die Versammlungen waren vom besten Geiste bereit. Nachstehende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme: „Die am 10. September 1907 zahlreich versammelten Arbeiter der Englischen Gasanstalten haben den Bericht der Arbeiterausschüsse entgegengenommen. Sie bedauern, daß die eingereichten Anträge auf Regelung der Lohnverhältnisse ausschließlich berichtet wurden. Zu dem Motiv der Ablehnung. Wenn die Stadt Berlin bewilligt, wird dies auch die Direction der J. C. G. A. tun“ erblieben die Versammlungen ein Zugeständnis der Berechtigung der eingereichten Forderungen. Die Versammlungen wenden sich ganz entschieden gegen das Motiv der Ablehnung. Sie sind der Ansicht, daß die Direction der J. C. G. A. sehr wohl in der Lage ist, ohne Rücksicht auf die derzeitigen Löhne der städtischen Arbeiter die Forderungen zu billigen. Die Versammlungen protestieren um so mehr gegen diese Form der Ablehnung, als die Direction in Punkt Arbeitsfürsorge in keiner Weise diesem Ausspruch nachkommt. Sie erblieben in der Motivierung der Ablehnung nur den Versuch der Direction, eine klare unzweideutige Stellungnahme zu umgehen. Die Versammlungen erläutern, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten und machen es allen Anwesenden zur Pflicht, mit allen Kräften für den Ausbau der Organisation zu wirken, um im geeigneten Moment nachdrücklich für die Forderungen einzutreten zu können.“

Berlin. (Wasserwerke.) Am 1. September wurde die Versammlung vom 21. Juli 1907 fortgesetzt. Es handelt sich um das Überschreiten der vom Arbeiterausschluß festgelegten Nacharbeitszeit, die von einem Kolonnenführer und einem betreffenden Beamten (Rohrmüller) nicht innegehalten und ohne Rat überschritten wurden. In einem Falle konnten die betreffenden Nacharbeiter durchweg erledigt werden, da genügend ältere Leute, ca. 18 Mann, bei der Kolonne noch vorhanden waren, so daß die Winden- und Klöpfarbeiten hätten weiter ausgeführt werden können, wenn es nötig war. Es scheint so, daß dem betreffenden Beamten (Rohrmüller) jede Verfügung, die durch den Arbeiterausschluß gewünscht worden ist, ein Dorn im Auge ist. Er sieht alle Hebel in Bewegung, sobald es heißt, die Arbeiter, die nachts gearbeitet haben, gehen mittags nach Hause. Er fährt dann extra nach dem Betriebsbüro und sucht den Anschein zu erwecken, als ob wirklich die Arbeit so nötig wäre, daß die Arbeiter, die nachts gearbeitet haben, nicht zu Hause gehen könnten. Auch zu den Werkstattbeamten äußert er sich dann: „Ich möchte heute die Arbeit bis hierher fertig haben“, oder „Ich würde noch 2 Rohre zu legen“, unbekümmert ob die Arbeit überhaupt notwendig ist oder ob die Leute durch die schon zu lange Nacharbeitszeit müde und abgespannt sind, oder ob durch die festgelegte Arbeitszeit überschritten wird. Der Sitzungsvorstand meinte, maddem wir hier wieder verschiedene Sachen gehört haben, ich es doch wohl nötig, nochmals im Arbeiterausschluß darüber zu sprechen, daß den Rohrmüllern und Kolonnenführern unbefleckt wird, die vom Arbeiterausschluß festgelegte Arbeitszeit innezuhalten. Den Bericht der erweiterten Verwaltung gab Kollege Lohrengel; die meisten Säden hatten sich schon durch die Versammlung vom 4. August erledigt. Außerdem wurde der Kollege H. Parkel mit zu der erweiterten Verwaltung gewählt. Am Verschiedenen wurden festens die Kollegen viele Säden laut über die Abzüge, die vielen Kollegen wieder gemacht worden sind. In anderen Städten sind auch in diesem Jahre Teuerungsabzüge zugestanden worden, in Berlin bei den Wasserwerken entzieht man den Arbeitern pro Tag 20 Pf. Der schroffste Gegenzug zu der allgemeinen Teuerung. Auch damit wird sich der Arbeiterausschluß in nächster Zeit zu beschäftigen haben.

Hamburg. Die staatlichen Forstarbeiter in den Hamburger Walddörfern Volksdorf, Wohlsdorf und Hausdorf beteiligen sich nun auch an der Bewegung unserer Staatsarbeiter. So idyllisch unsere Walddörfer auch liegen, so wenig aber sind die Forstarbeiter von ihrer Lage erfreut. Gewöhnlich ist man geneigt, die Lage der auf dem Landgebiete ansässigen Arbeiter für etwas erträglicher anzusehen, als die des städtischen Proletariats. Der Städter zaubert sich, wenn er an das Landleben denkt, ein hübsches Häuschen mit Garten und etwas Feld vor Augen und sieht den ländlichen Arbeiter für seinen Bedarf Ackerbau und Viehzucht im kleinen Umfang betreiben. Er hört da einige fertiggemachte Schweine vergnüglich grunzen und glaubt, im Nachgang Schinken, Speck und Wurst baumeln zu sehen. Dazu jeden Tag einen Teller voll frischer Eier, Obst und sonstiger Herrlichkeiten. — In der Wirklichkeit verwirkt sich oft das farbenfrohe, upige Bild und grau in grau malt sich des Landproletariers Alltagsebenen, zumal wenn er eine nur wenig

einträgliche Arbeitsstelle hat. Er ist gezwungen, das bishen freie Zeit, das ihm verbleibt, zu harter Arbeit auf einem gepachteten Stückchen Kartoffelland zu opfern, um für sich und die Seinen die allernotdürftigsten Nahrungsmittel zu gewinnen. Das reizende und geräumige Landhäuschen schrumpft bei genauerem Hinsehen oft zu einer ärmlichen Hütte oder noch erbärmlicheren Rietwohnung zusammen, die mit 200—240 Ml. oder mehr pro Jahr bezahlt werden muß. Durch die Verkehrsverhältnisse werden Lebensmittel und Bedürfnisse sehr verteuert, so daß mit jedem Pfennig scharf gerechnet werden muß. Wenn wir nun berichten, daß zurzeit die Löhne der Waldarbeiter seit diesem Frühjahr 3 Ml. betragen, so kann sich jeder Unbefangene leicht ein Bild von der Lebenshaltung einer Familie machen, die aus vier, fünf oder gar sieben Höfen besteht. Wie an vielen anderen Stellen der hamburgische Staat offenbar glaubt, daß Arbeiter im Winter bedeutungsvoller leben können als im Sommer und er im tiefsten und schärfsten Winter die Löhne läuft, so auch hier. Es wurden z. B. noch im vergangenen Winter in Wohldorf 2,40 Ml. gezahlt. In den Waldöfen ist das Brennholz leineswegs wohlfeil, im Gegenteil, und nun gar die enormen Söhlenpreise dieses Jahres! Die Zahl der Waldarbeiter ist nur gering, und es könnte den beteiligten Deputationen (Pau- und Finanz-) wirklich ein leichtes sein, den angemessenen Lohn von 4 Ml. pro Tag ohne Kürzung im Winter zu zahlen. Ein Privatunternehmer würde z. B. für Erdarbeiten unter 40 und 45 Pf. die Stunde gar nicht zahlen können, der Staat aber macht es. Die staatlichen Behörden sollten doch endlich aussöhnen, ihre vornehmste Aufgabe in der Niederdrückung der Arbeiterlöhne zu erblicken. Heute stellen sich schon die rauen Herbstnächte ein und mahnen eindringlich an den kommenden Winter. Alle Staatsarbeiter in Stadt und Land sollten das gleichfalls als eine Mahnung dahin aussäßen, stets auf der Wacht zu sein und in Verbindung mit dem Gross der organisierten Kameraden zu bleiben.

Heidelberg. Kollege Schäfer-Köln sprach am 28. August in einer gut besuchten Versammlung über: "Die Gemeindearbeiter im Klassenkampf". Er gab zunächst ein Bild der Entwicklung des kapitalistischen Systems, das den Klassenkampf bedingt. Er zeigte sodann die Stellung der Gemeindearbeiter in diesem Kampfe und nannte die verschiedenen Hilfsmittel, deren sich die Gemeindearbeiter zu bedienen haben: gewerkschaftliche und politische Tätigkeit, Unterstützung der Arbeiterpresse und dergl. Er forderte zum energischen Ausbau unseres Verbandes auf. Der Vortrag fand reichen Beifall. Er wird mit dazu beitragen, unsere Zahlsstelle zu festigen und neue Anhänger für unsere gute Sache zu gewinnen.

Lübeck. Eine gut besuchte Versammlung fand am 6. September statt. Nach einer ausführlichen Gröterung über den Gewerkschaftsbericht wurde eine Regelung der Entschädigungen für Unterlasseter vorgenommen. Es wurde noch bekannt gegeben, daß bereits weit über 200 Kollegen bei uns organisiert sind. Mit einem kräftigen Appell, für rege Agitation unter den noch fernstehenden Kollegen Sorge zu tragen, wurde die Versammlung geschlossen.

München. Am Donnerstag, den 6. September, fand im Restaurant Peterskeller eine zahlreich besuchte Versammlung der städtischen Paternenwärter statt. Genosse Plenninger referierte über "Die wirtschaftliche Niederlage der arbeitenden Klassen und deren Folgen". In längeren sachlichen Ausführungen schilderte Redner das zurzeit herrschende Ausbeuterium unter besonderer Betonung der Bildung des Kohlensyndikats. Auch die städtischen Arbeiter haben unter dem jetzigen Zustand sehr zu leiden, wenn auch erwiesen ist, daß die Organisation in den letzten Jahren einige Besserung gebracht hat. Aber immerhin ist zu konstatieren, daß auch die Bezahlung der städtischen Arbeiter noch weit hinter den Arbeitern der Privatbetriebe zurückbleibt. Das beste Mittel ist die einheitliche Organisation aller städtischen Arbeiter im Gemeindearbeiterverband, in den einzutreten Pflicht aller denkenden Arbeiter sein müsse. Die Ausführungen wurden von der Versammlung sehr heftig aufgenommen. — Zum 2. Punkt berührte Kollege Weigl über die vor kurzem veranlaßte Statistik unter den Paternenwärtern, die eine genaue Übersicht über die im Jahre 1906 verhängten Strafen und verordnete andere Dinge ergibt. Mehrere Diskussionsredner verurteilten das bisher beliebte Strafsystem und forderten die Erzielung des Verbandes auf, in Walde auf eine andeweite Regelung deselben einzumirken. Wiederholte wurde der Antrag gestellt, der Arbeiterauschluß möchte dahin wirken, daß die Lohnauszahlung für die Paternenwärter wieder um 1. jeden Monats zu erfolgen hätte. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Am übrigen scheint bei den Paternenwärtern eine Glorie einzureihen, die der Durchführung obiger Punkte gewiß nicht förderlich ist. Deshalb gilt auch für die Münchener Paternenwärter "Alle Mann an Bord!"

München. Am Freitag, den 6. September, abends, fand im Gasthaus "Zum Mühlendorf" eine gutbesuchte Versammlung der Gasarbeiter des Werkes am Kirchstein statt. Gauleiter Sebald berichtete über die Behandlung der an den Magistrat bezw. an den Verwaltungsausschuß der Gaswerke geleiteten Eingaben. Allgemeine Unwillen erregte es, daß die magistratliche Verwaltungs-maschine anscheinend an chronischer Langsamkeit leidet und mit

Bernunftgründen nicht davon abzubringen ist. Besonders erfreut waren die Versammelten, weil auch Kollege Altvater-Stuttgart, der früher auch den jetzigen Gau Südbayern zu bearbeiten hatte, sowie auch Kollege Hedmann-Mannheim in der Versammlung erschienen waren. Beide hatten ihren Urlaub dazu benutzt, dem sagenumwobenen Icar-Athen einen Besuch abzustatten. Die Ausführungen dieser Kollegen wurden mit großem Beifall aufgenommen. Kollege Hedmann zeichnete ein Bild der Entwicklung der Gasindustrie. Die Versammelten waren erstaunt, zu hören, daß z. B. der Windektlohn der Gasarbeiter in Stuttgart 3,60 Ml. pro Tag, in Mannheim 3,90 Ml. und nach einem Jahre bereits über 4 Ml. beträgt. Es ist dies ein Umstand, der anscheinend der Münchener Gasdirektion trotz ihrer angeblichen Kenntnis der Arbeitsweise in den grösseren deutschen Gaswerken noch nicht so recht geläufig ist. — Zu der Diskussion forderten die Gasarbeiter erneut die Anstellung des 6. Mannes pro Schicht, sowie die Entlastung der Eisenpuhe. Letztere Sparte soll nun bei der Ständigen Schicht dasselbe wie früher in 12 Stunden leisten, eine Praxis, die alles weniger ist als eine sozialpolitische Tat. — Auch noch andere Gruppen, die sich zurückgesetzt oder geschädigt fühlen, waren erbost über die endlose Verschleppung ihrer Anträge. Außerdem wurde der Wunsch laut, mit den Kollegen der übrigen Werke wieder eine gemeinsame große Gasarbeiterversammlung zu arrangieren. Nachdem noch ein "Christlicher" oder katholischer Arbeitervereinler oder weiß der Teufel, was er sonst ist, durch seine konfusen Ausschüttungen, die man aber, um das Prinzip der Redefreiheit hochzuhalten, ruhig und mittelbarscherhaft anhörte, gesprochen und von Seiten des Kollegen Sebald gebührend abgefeiert wurde, sah die Versammlung in voller Einmütigkeit und Übereinstimmung folgende Resolution: "Die heute, den 6. September, versammelten Kirchsteiner Gasarbeiter beauftragen den Arbeiterausschuß bei der Gasdirektion auf eine baldmöglichste Erledigung der eingebrochenen Petitionen zu dringen und sich auf keine weitere Verschleppung mehr einzulassen. Zugleich fordern sie alle der Organisation noch fernstehenden Kollegen auf, sich unverzüglich der Organisation anzuschließen, um so unseren Wünschen mehr Nachdruck zu verleihen."

Nürnberg. Am 28. August stand im "Historischen Hof" eine allgemeine Versammlung statt. Der Saal war überfüllt, so daß die Zuhörer bis auf dem Treppenflur standen. Wohl über 400 Kollegen waren erschienen. — Zum 1. Punkt der Tagesordnung "Der Arbeiterlongzug und die internationale Gemeindearbeiterkonferenz in Stuttgart" erhielt unser Redakteur, Koll. Dietmer-Berlin, das Wort. Derselbe schilderte in großen Zügen die Vorgänge und Beschlüsse auf dem Internationalen Arbeiterlongzug. Redner ging dann ausführlich auf die internationale Gemeindearbeiterkonferenz ein. In Privatbetrieben wage man es nur noch selten, das Koalitions- und Streikrecht der Arbeiter anzutreten. Anders in Staats- und Gemeindebetrieben. Hier verfügt selbst die Gesetzgebung einzutreten, wie z. B. beim zurückgewiesenen Nebelgesetz, wonach die Arbeiter öffentlicher Betriebe vollständig entzettelten würden. Wir brauchen aber keine Verschlechterung des Koalitionsrechts, sondern eine Verbesserung, denn bisher haben wir nicht einmal das volle Koalitionsrecht. Während in zahlreichen Privatbetrieben mit der Organisation verhandelt wird, gibt es nur ganz wenige deutsche Stadtverwaltungen, welche die Organisation der Gemeindearbeiter als verhandlungsberechtigt anerkennen. Bei vielen Stadtgewaltigen ist der geistige Horizont ein derart beschrankter, daß sie glauben, ihrem Preisgeiste ginge etwas verloren, wenn sie mit der Organisation verhandeln. In anderen Ländern nimmt man einen vernünftigeren Standpunkt ein; dies beweist u. a. ein Vorkommnis aus Anlaß der internationalen Gemeindearbeiterkonferenz. Die dänische Delegation wollte in Kopenhagen die Stadtverwaltung ein Empfehlungsschreiben mitzutunnen, in welchem ausdrücklich hervorgehoben wurde, die Herren seien besonders deshalb zu empfehlen, weil sie organisiert sind. Redner führt ferner an, daß dort, wo die Organisation eine gute ist, auch die materiellen Verhältnisse unserer Kollegen besser sind. In Dänemark sind z. B. 95 Proz. der Belegschaftsarbeiter organisiert, daß sie haben diese Kollegen auch längst den 8. und 9. Stundentag und entsprechend hohe Löhne. Zu beginn auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren die Ausführungen des Schweizer Delegierten und Arbeitersekretärs Treulich von hohem Interesse. In der Schweiz legt man allerdings den Hauptwert auf die politische Tätigkeit infolge der anders gearteten Verhältnisse. Gegenwärtig wird dort ein Mindestlohn von 5 Frank (4 Ml.) für den Arbeiter gesetzlich festgelegt. Hinrichtlich der internationalen Verbindung und Unterstützung sind nun ebenfalls Vorkehrungen getroffen, die den Gemeindearbeiter aller Länder zum Nutzen gereichen würden. Bei der Alkoholfrage ist zu bemerken, daß auch wir den Kampf gegen den übermäßigen Genuss von Alkohol zu führen haben. Die Erfahrung hat aber auch gezeigt, daß schon mancher brave Kollege durch Alkoholismus demoralisiert und um seine langjährige Stellung gekommen ist. Die Ausführungen endigten in einem warmen Appell an die Nürnberger Kollegen, alle Zweigstellen fallen zu lassen und sich dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter

anzuschließen. — Der gespendete Beifall zeigte das Einverständnis der Anwesenden. Von einer Diskussion über diesen Punkt wurde mit Rücksicht auf die weitere Tagesordnung abgesehen. — Zum 2. Punkt: Vorlegung und endgültige Beschlussfassung über unsere Lohneingabe" berichtete Gauleiter Kollege **Pebold**-Nürnberg. An der Hand einer hochinteressanten, von ihm selbst aufgenommenen Statistik über die Lebenshaltung der Nürnberger städtischen Arbeiter ging er auf die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein und gab daran anschließend den Wortlaut der alsbald eingetragenen Forderungen bekannt. Die im Sinne des Referats einstimmig angenommene Resolution lautet: „Die am 28. August d. J. im „Historischen Hof“ zahlreich versammelten Gemeindearbeiter Nürnb ergs befanden hierdurch, daß die zurzeit den städtischen Arbeitern gewährten Löhne nicht ausreichen, um den notwendigen Ansprüchen des täglichen Lebens Rechnung tragen zu können. Mit den in der Versammlung beschlossenen Lohnabgabungen erklärten sie sich einverstanden. Dasselbe gilt auch von den anderen Forderungen. Die versammelten beauftragten das gewählte Bureau, die Wünsche der Arbeiter den beiden städtischen Kollegen baldigst zu unterbreiten. Gleichzeitig wird die Erwartung ausgesprochen, daß die beiden Kollegen die nächsten Erörterungen zu einer tiefschreitenden Aufbereitung der Löhne, sowie des Arbeitsverhältnisses überhaupt bemühen mögen.“ — Was wir noch wohl oder übel erwähnen müssen, ist die gemeinsame Kampfweise der **Hirsch-Dunderjahn** und der **Hasselliner**. Diese beiden „Organisationen“, die sich nur dem Namen nach von einander unterscheiden, hatten durch Handzettel ihre Anhänger aufgefordert, alle in unserer Versammlung zu erscheinen. Nicht etwa, um diese zu einer imponanten zu machen, sondern um sie zu sprengen! Hat doch Hassel seine Leute vor der Abstimmung gesagt: „Kommt es zur Abstimmung über die Lohn eingaben und wir sind nicht in der Majorität, dann rufe ich: Auf, und wir gehen alle hinaus!“ Trotzdem alles angeboten war, gelang es aber selbst den vereinigten Gegnern nicht, die Majorität zu erreichen, und damit durfte die Bedeutungslosigkeit dieser Leute zur Evidenz bewiesen sein. Die Abfahrt, die sie in dieser Versammlung besaßen, war eine gründliche und wohl verdiente. Allseitig wurde ihr arbeiterverächtliches Treiben gebrandmarkt. Ein dummkopf drückte Hassel fertig. Er erklärte, unsere Eingabe sei zwar sehr gut, aber nicht notwendig, denn was wir verlangen, sei zum Teil schon im Frühjahr von ihnen eingereicht! Zu demselben Atemzug erklärte er aber auch, unserer Eingabe würde es genau so ergeben wie der seinen, sie würde ebenso unbeachtet bleiben. Als er mit seinen Freuden die Geduld der Zuhörer fast auf die Probe stellenden, langatmigen Ausführungen zu Ende war, mußte er einsehen lernen, daß der weitaus größte Teil der städtischen Arbeiter in Nürnberg denn doch vernünftig genug ist und sich ihm nicht an die Rockhose hängt. Als er sein Spiel verloren sah, verließ er und seine wenigen Anhänger und einige Hirsch-Dunderjahn mit dem möglichsten Radan das Hotel, noddem die Beamten der Hirsche schon vorher vorgeblieb verabschiedet hatten, die Versammlung durch Geschäftsausordnungsdebatten usw. zu hören. Die Antwort für dieses gewissenlose Spiel blieb nicht aus. Eine Anzahl Kollegen aus den gegenüberliegenden Organisationen ließen sich zu uns überschreiben, da ihnen eine deurige Handlungswelt doch zu toll war. Wenn nun Hassel glaubt, in Versammlungen und in der „Einigkeit“ unseres Gauleiter seine Augenlichte zu vorwerfen zu müssen, dann sei ihm verraten, daß unser Kollege **Pebold** mit seinen 33 Jahren sich freuen darf, seine Kräfte höchstens noch recht lange unserer Organisation zu erhalten. Zu solcher armfertigen Belästigung greift man aber bestimmt nicht, wenn man sonst nichts zu sagen weiß, und so ist es auch mit dem Geschehnis in Nr. 34 der „Einigkeit“. Daß die Nebaktion das Zeug als dreifäsig anzusehen könnte, ist auch wohl nur in der „Einigkeit“ möglich. Dem Hirsch-Dunderjahnischen Streitkäfer, der sich in Nr. 11 des „Kraut-Kurier“ eine so schafe Herabwürdigung unserer Tätigkeit geleistet, sei erwidert, daß wir unseren Weg vorwärts geben, trotz aller Verleumdungen und Entstellungen. Das hat auch diese Versammlung zum Vortag unserer Feinde bewiesen. Mit einem kräftigen Appell, alles daran zu setzen, um die Arbeiterzerplitterung zuhindern zu machen, und mit brausenden Hochrufen auf unseren Verbund schloß die imposante Versammlung.

Reichenhall. Am Samstag, den 7. September, abends, fand im Reichenballe Gewerkschaftshaus eine sehr gut besuchte Versammlung der städtischen Arbeiter statt. Gauleiter **A. Sebold** referierte über „Die zukünftige Gestaltung der Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter“ und verurteilte dabei eindringlich die bei der Sitzung des Reichenballe Gemeindekollegiums ausgesprochenen Neuerungen, die darauf abzielten, wegen der nun voreast für die Sommermonate eintretende Lohnerhöhung die Kollegen noch viel mehr anzureiben, was auf sein allzu stark ausgeprägtes Menschheitsgefühl dieser Herren idyllisch lasse. (Siehe a. Nr. 37 der „Gew.“ Aus den Stadtparlamenten.) Da nun aber die Bedürfnisse des Arbeiters im Winter Kleidung, Heizung, Beleuchtung, Nahrung entschieden höhere sind, als im Sommer, so ist es gerade vom Standpunkte der Gemeinde aus nicht mehr als recht und billig, im Winter die Löhne in gleicher Höhe wie im Sommer zu bezahlen. Zu dieser Einsicht haben sich in letzter Zeit doch erstaunlich die meisten Stadtverwaltungen verdächtigungen und wohl oder übel wird auch die

Stadtverwaltung des vornehmen Bade- und Kurortes Reichenhall in diesen ist etwas sauer dämmenden Apfel beißen müssen. Eine Reduzierung des Lohnes im Winter läßt indi vom sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Standpunkte überhaupt nicht rechtfertigen und nur die reine Plasmaderei kann auf derart abstrakte Gedanken verfallen. Besonders aber hätte die Reichenballe Stadtverwaltung im Auge zu behalten, daß die samst und sondes sehr gut organisierte Gemeindearbeiterchaft Reichenhalls auch einen ganz erheblichen Teil der Steuern aufzubringen hat, und daß sie, wenn es ihnen auch bislang leider noch nicht gelungen ist, ins Gemeinderatssamt einzudringen — als indirekte Arbeitgeber in der Kommune unerträgliche Arbeits- und Lohnverhältnisse geschaffen wissen wollen. Der Sympathie und Umerziehung des Gewerkschaftsvereins Reichenhall sind die städtischen Arbeiter bei ihrem Vorgehen sicher. Die Versammlung beklagte einstimmig, in Anertemung des bisherigen Entgegenkommens an die Stadtverwaltung, das Gründen zu stellen, die Löhne im Winter in der gleichen Höhe wie im Sommer auszuzahlen sowie auch den alten, invaliden Arbeitern eine kleine Aufbesserung zuteil werden zu lassen. — Nach Schluß der Versammlung sprach Kollege **Sebold** in einer Versammlung der sozialdemokratischen Partei über den „Internationalen Sozialistenkongress“ in Stuttgart, wozu sich erfreulicherweise auch der größte Teil der städtischen Arbeiter eingefunden hatte und dem Vortrage mit voller Begeisterung zuhörte. Alles in allem ist zu konstatieren, daß die junge Käffche Reichenhall ein sehr tüchtiges Glied unseres Verbandes zu werden verspricht.

Traunstein. Die junge Käffche Traunstein veranstaltete am Sonntag, den 8. September ihre erste Versammlung als selbständige Zabstelle. Der Beifall war sehr befriedigend. Auch einige Kollegen aus der lgl. Saline und eine Anzahl Waldarbeiter hatten sich eingefunden. Kollege **Sebold**, München sprach über die der Versammlung bereits im Wortlaut vorliegende Eingabe, die an die Traunsteiner Stadtverwaltung eingerichtet werden sollte, und die eine Erhöhung des zurzeit noch sehr niedrigen Lohnes, Zusätze für Überstunden, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, Urlaub sowie Bezahlung der Differenzen zwischen Lohn und Rentengeld auf die Dauer von vereinbart 14 Tagen, bringen soll. Die vom Kreisrat gegebenen Erläuterungen der Eingabe fanden den ungeteilten Beifall der Versammlung. Es ist zu erwarten, daß der Magistrat Traunstein der Vorlage keine besonderen Schwierigkeiten entgegenstellen wird, naddem er sich durch eine Rundfrage an 15 deutsche, der Größe Traunsteins entsprechende Städte wohl selbst von der Notwendigkeit einer Verbesserung der städtischen Arbeiter überzeugt haben dürfte. — Unter Bezugnahme auf die Verhältnisse bei der lgl. Saline und bei den staatlichen Waldarbeiten bildete **Sebold** das demagogische Verhalten der Zentrumspolitik im bayerischen Landtag, die mit ihrer Pfleiderbeiterfeindschaft die Arbeiter nur am Karrenseil herumzuhängen, was sich gerade bei den Salinenarbeitern mit erfreulicher Deutlichkeit zeigt. Werden doch in der Saline Löhne gezahlt, die geradezu ein Hobn auf die menschliche Kultur sind; und der edleren sind auch noch die Vertreter des „christlichen“ Soldatenarbeiterverbands, den Arbeitern Zufriedenheit zu predigen. Eine nette Arbeiterorganisation! Mit dem Appell an die Saliner, einzutreten in die freie Organisation, den Verfall der Gemeinde- und Staatsarbeiter, und so Schüler an Schüler mitzufampfen mit der großen, das ganze Weltall umspannenden Arbeiterbewegung für die besseren Ziele der arbeitsfähigen Arbeiters, einer angemessenen Entlohnung, um damit auch den arbeitenden Mäßen die Teilnahme zu ermöglichen an den Untern, die unsere Mutter Erde in wahnsinnig verzweifelnder Kälte herborbriegen, schloß Sebold unter dem Beifall der Versammlung seine Ausführungen. — In der Diskussion wurden sehr lebhafte Slogans darüber laut, daß es einem frei organisierten Arbeiter förmlich unmöglich sei, in der Saline zu arbeiten. So werde solange terrorisiert, demütigt und intrigiert, bis der Mann auf der Straße stehe, wobei auch die unteren Beamten den „christlichen“ die Stange hattent sollen. Darum dürfte zu empfehlen sein, daß in dieser Richtung einmal reiner Tisch gemacht würde, denn es geht doch nicht an, daß der Staat, der selbst das Koalitionsrecht geschafft festgelegt hat, diesesrecht durch seine Untergebenen bengen läßt. Auch die städtischen Arbeiter beschwerten sich, daß der städtische Polizei **Petranderl**, dessen Meinung auf sehr gespanntem Auge mit seiner Charge stehen, mit den Arbeitern auf eine Art und Weise verkehrt, die unter keinen Umständen mehr zu billigen ist. Zu übrig waren sämtliche Anwesenden mit dem Anhah der vorgelegten Eingabe einverstanden; um dies auch äußerlich zu dokumentieren, wurde folgende Resolution vorgeschlagen und auch einstimmig angenommen: „Die heute, Sonntag, den 8. September, beim Wiesmontag versammelten städtischen Arbeiter riefen mit der vorgelegten Petition voll und ganz einverstanden. Sie beauftragen den Gauleiter **A. Sebold**, München, diese beim Magistrat Traunstein einzutragen und erläutigen denselben, sowie auch den Vertretern des Gewerkschaftsvereins Traunstein, im Namen der städtischen Arbeiter die Verhandlungen mit dem Magistrat zu führen und zum Abschluß zu bringen.“ — Sonntag nachmittag fand bei herrlichem Wetter der Himmel war wieder einmal mit den „Molen“ im Punde — das Arbeitersommerfest statt. Ein langer Zug war es, der unter Vorantritt einer Musikkapelle dem Zeitpunkt

zu, die Stadt durchzog. Kollege Sebald hielt dort, des öfteren von stürmischen Beifallssalven unterbrochen, die Festrede. So zeigt es sich, daß auch in diesem schwarzen Winde, allen jesuitischen Kniffen der Gegner zum Trotz, die Arbeiterbewegung marschiert, unaufhaltsam dem Ziele entgegen.

Aus den deutschen Gewerkshäfen.

Die 8. Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins wurde in Dresden vom 1. bis 5. September 1907 abgehalten. Vom Geschäftsbericht, den der Geschäftsführer Georg Schmidt erläuterte, zählte der Verband im 2. Quartal 1907 5186 Mitglieder gegenüber 2153 im 1. Quartal 1901. Die verflossene Geschäftspräide war reich an Kämpfen, aber auch an erfreulichen Erfolgen. Es wurden bei der Hauptkasse vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1907 insgesamt (zuzüglich 6050,28 Ml. Bestand) 106 756,77 Ml. vereinbart; verausgabt 103 157,40 Ml., und verblieb 36 093,37 Ml. Massenbestand. Die Zeitung kostete 25 592,51 Ml., Unterhüllungen 12 026,35 Ml., Rechtsanwälte 15 687,86 Ml., Agitation 11 217,08 Ml. Vorbewegungen und Streits 15 803,21 Ml. — In der Diskussion wurde auch das Verhältnis zum Gewerbe- und Arbeiterverbande berührt, wobei es nicht gong ohne Entgleisung eines Delegierten abging. Der Beitrag von 35 Pf. pro Woche, jugendliche und weibliche Mitglieder 25 Pf., wurde beibehalten, doch wurden den Filialen Criswitzläge zur Blüte gemacht. Neu wurde die Kranken- und Sterbegeldunterstützung eingeführt. Die Anstellung der Beamten erfolgte nach den Stuttgarter Säben. Als Vorsteher wird der bisherige Geschäftsführer Schmidt, als Redakteur Albrecht wiedergewählt. Die nächste Generalversammlung findet 1910 in Düsseldorf statt.

Der Verbandstag der Fleisch- und verwandten Gewerkensoßen fand in Frankfurt a. M. vom 2. bis 5. September. Es wurde u. a. in den Verhandlungen ausgeführt, daß infolge der starken Teuerung des Fleisches und der damit in Verbindung stehenden Verminderung des Konsums sich eine große Arbeitslosigkeit im Fleischergewerbe bemerkbar mache. Die Gewerkschaften des Fleischerverbandes haben sich im Vorjahr von 35 auf 56 vermehrt, der Mitgliederbestand steigerte sich von 2260 auf 3056. Während des letzten Jahres wurden zahlreiche Vorbewegungen durchgeführt, die zum Teil erfolgreich waren. Auch Tarifverträge für die Fleischergesellen sind schon in verschiedenen Städten abgeschlossen worden. Die Konsumgenossenschaftsfleischereien, die in Deutschland bestehen, haben zum Teil Tarifverträge abgeschlossen. Bezüglich der Arbeitseinstellungen wurde der Beitragsaufschwung, daß künftighin bei Arbeitseinstellungen nur Unterstützungen gewährt werden, wenn die Arbeitseinstellungen beim Hauptvorstande genehmigt sind. Der Beitrag wurde auf 50 Pf. für männliche, 25 Pf. für weibliche Mitglieder festgesetzt. Über die rechtsstaatlichen Erhebungen betrifft der Arbeitgeberhinterhalt im Fleischergewerbe wurde nach einem Referat des Zentralarbeiterföderats Hob Schmidt ausgeführt, daß diese Erhebungen unvollständig und minderwertig seien. Als Vorsteher wird Hensel, Berlin, als Nachreiter Krause, Berlin wiedergewählt.

Die Vergräute und das Knappenschaftsgesetz. Die anlässlich des letzten großen Streits gewählte Siebenerkommission der Ruhrbergleute trat fürstlich zu einer Besprechung des Knappenschaftsstatutenentwurfes in Essen zusammen. Die Kommission, in der alle Bergarbeiterorganisationen vertreten sind, nahm schließlich folgende Resolution an: „Im Prinzip ist die Siebenerkommission für die Gründung eines Ruhrverbandes der deutschen Knappenschaftsvereine, sie stellt sich auf den Standpunkt der Bedürfnisse der Konferenz der organisierten Bergarbeiter, welche lautet: Einem Rückverbande kann die Generalversammlung des allgemeinen Knappenschaftsvereins zu Podium nur dann ihre Zustimmung geben, wenn erstens ein befriedigendes Knappenschaftstatut zustande kommt und zweitens die Ritterverwaltung in allen Knappenschaften des genannten Verbandes durch Statut zur Hälfte von Arbeitervorstern gefügt ist. Diese Mitglieder müssen aus getrennter und geheimer Wahl hervorgehen, um den Arbeitern den nötigen Einfluß zu sichern.“ Bezüglich des Statuten entwurfs erklärte sich die Kommission mit den in den Konferenzen der organisierten Knappenschaften gefassten Weisheiten, daß das Statut in der vorliegenden Form abzulehnen sei, völlig einverstanden.

Der Zentralverein der Bureauangestellten wird sich in nächster Zeit mit dem Verband der Kranken- und Lassenbeamten vereinigen. Die Vorberatungen haben zu einer vollständigen Einigung geführt. Die neue Organisation wird den Namen Verband der Bureauangestellten und der Verwaltungsbüroangestellten der Kranken- und Lassenbeamten des Deutschen Reichs führen und zirka 4000 Mitglieder zählen. Im nächsten Jahre werden beide Organisationen zunächst getrennt und dann zusammen in Berlin tagen und die Verbindungszeitung vornehmen. Der Verband wird auch der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen werden.

Die „national gesinnten Eisenbahner Süddeutschlands“ hielten am 25. August einen Delegententag in

Ehingen ab. Vertreten waren insgesamt 46 000 Eisenbahner, die in den württembergischen, bayerischen und badischen Verbänden organisiert sind. Beiprochen wurden auf der Tagung allgemeine Arbeiterfragen, doch will man, ehe hierzu bestimmte Forderungen gestellt werden, eine für Württemberg in Aussicht gestellte Denkschrift abwarten. Bei Besprechung der Tarifverhältnisse wurde beschlossen, die Verbände möchten darauf hinwirken, daß ihre Mitglieder außerhalb der Eisenbahner-Organisationen sich politisch betätigen, um Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erlangen. Zum Thema Rechtsfähigkeit der Berufsvereine wurde die Forderung vertreten, daß in dem zu erwartenden Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine die Reichsregierung die Organisation der Staatsdienst nicht wieder ausschließe, sondern sie mit den übrigen gewerkschaftlichen Organisationen gleich behandle. Auf das Streitrecht verzichten die Organisationen der Staatsdienst hierbei ausdrücklich. Am deutschen Arbeitertagoreck, der in diesem Jahre in Berlin stattfindet, werden Vertreter des württembergischen und bayerischen Eisenbahnerverbands teilnehmen. — Nur recht hübsch zähm, damit kommt man zwar nicht weiter in den materiellen Verbesserungen, aber man wird doch wenigstens „da oben“ geduldet.

Rundschau.

14½ Millionen Überschuss! Nach Mitteilung des Berliner Stadtkämmerers in der letzten Magistratsitzung steht sich die Rechnung für das Stabsjahr 1906/07 um rund 14,6 Millionen Mark günstiger, als nach dem Etat zu erwarten war. Von diesem Betrage entfallen auf Mehreinnahmen (Überschüsse von Bevorratungen) rund 0,8 Millionen Mark, auf Minderausgaben und Minderzuflüsse rund 4,8 Millionen Mark. Bei den Mehreinnahmen sind vorwiegend die Steuern mit rund 6 Millionen Mark beteiligt. Hieron entfallen 3 Millionen Mark auf die Einkommensteuer und 1,8 Millionen Mark auf die Umsatzsteuer. Am zweiten Platze kommt ein Überschuss der städtischen Werke von 3 Millionen Mark. An ihm sind die Gaswerke mit 1,7 Millionen Mark beteiligt, die vorzugsweise auf den Mehrerlös für Nebenprodukte zurückzuführen sind. Rämentlich wurden für 1907 erheblich höhere Preise erzielt als veranschlagt worden waren, auch wurden bei dem strengen Winter die alten Abobestände verbraucht. — An den Minderzuflüssen war vor allem die Kapital- und Schuldenverwaltung mit rund 2,8 Millionen Mark beteiligt. Ein wesentlicher Anteil an diesem Betrage (1,1 Millionen Mark) entfällt auf Mehreinnahmen an Zinsen von Kapitalien und Ressourcenbeständen. Weitere erhebliche Beträge röhren aus einer Zahlung der Gaswerke für eine Schuld gegenüber den Rämentvereinigung und aus Städtezinsen für verschiedene Anteile her. Diese Beträge tragen den Charakter außerordentlicher oder einmaliger Einnahmen. Bei der Eisenbahnverwaltung sind im Jahre 1906 1,3 Millionen weniger verausgabt als angenommen worden war. Die Finanzverwaltung hat 600 000 Ml. weniger erfordert. Bei der Managementsverwaltung beträgt der Minderzufluss 600 000 Ml., der mit 200 000 Ml. auf eine Mehreinnahme an Strafanfallerbeiträgen, mit 200 000 Ml. auf eine Minderzuflage bei Bau und Veränderung von Strafgerichten usw. zurückzuführen ist. Dagegen ist bei den Eisenfeldern eine Mindererinnahme von 100 000 Ml. zu verzeichnen. Bei der Straßenreinigung ist eine Mehrausgabe von 987 000 entstanden. — Was wird man im Roten Danne nun bloß für Ausreden finden, wenn die Forderungen unserer Kollegen definitiv verhandelt werden? Früher betonten wir ständig seinen guten Willen und wies auf den tümmerlich balancierenden Städtefadel hin, wenn die städtischen Arbeiter eine Aufbesserung forderten. Mittlerweile hat sich die Finanzlage Vertreter gehebelt, während die Lage der städtischen Arbeiter sich verschlechtert hat. Kreis sind eine Anzahl Städte der „Stadt der Zukunft“ voraus in bezug auf Wohn- und Arbeitsbedingungen für jüdische Arbeiter. Soll nun wieder mit 1 Pf. pro Stunde aufgeschoben werden, so wird die Unzufriedenheit unserer Kollegen nicht bei bloßen Worten halt machen! Die Stadtvverwaltung mag wohlweislich überleben, ob er es nicht doch endlich an der Zeit ist, den lange erhobenen Forderungen der Berliner jüdischen Arbeiter nicht Bedeutung zu tragen wie bisher!

Eine zeitgemäße Revision! Aus dem Berliner Rathaus wird geschrieben: „Den Gemeindebeschluß betreffend die Gewährung von Ruhegeld und Relittenversorgung für die ohne Rentenberechtigung dauernd bei der Stadt angestellten Personen, insbesondere also für die städtischen Arbeiter, will der Berliner Magistrat durch eine Kommission einer Durchsicht unterziehen lassen. Dabei soll insbesondere auch geprüft werden, ob und in welcher Weise die fürstlich vorgenommenen Verbesserungen des Beamten-Pensionsgesetzes und des Gesetzes über die Fürsorge für die hinterbliebenen der Beamten auf die jüdischen Arbeiter auszudehnen sind. Rämentlich beträgt nach diesen Gesetzen bei Pensionierungen vom 1. April dieses Jahres ab das

Mindestmaß der Pension 20 Sechzigstel des Gehaltes an Stelle von 15 Sechzigstel nach der bisherigen Regelung; dementsprechend erhöhen sich nun alle Pensionen bis zum zurückgelegten 30. Dienstjahr und die Bezüge der hinterbliebenen. Nach dem Ausfall dieser Prüfung wird eventuell der Berliner Magistrat vor der Staatsberatung der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zu geben lassen.“ — Wir hoffen, daß mit dieser Durchsicht einfaßende Verbesserungen vorgenommen werden, und zwar nicht bloß eventuell, wie der Bericht sagt, sondern in jedem Fall. Vor allem sollte ein Mindestlohn festgelegt werden, wie dies bereits in den Statuten vom 38 deutschen Städtegemeinden geschehen ist. Eine Angabe darüber müssen ferner gleichfalls ausgemerzt werden, wie wir sie seinerzeit in der Broschüre „Die Stadt Berlin und ihre Arbeiter“ nachgewiesen haben. Die Berliner Arbeiterausschüsse werden in dieser Angelegenheit jedoch auch noch ein Wörtlein mitzusprechen haben!

"Christliche" Gewerkschaften. In Rheine, einem der schwärzesten Nester des Ruhrgebietes, waren freiorganisierte Holzarbeiter tätig, denen es gelang eine Zahnstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes ins Leben zu rufen. Darauf große Wut bei den in Rheine dominierenden "christlichen" organisierten Holzarbeitern, die in dem Maße stiegen, als die freien Holzarbeiter von den Christlichen mehrere herüberholten. Einer von den Übergetretenen, ein Ausländer, meldete am 26. August dem christlichen Bassisier durch Postkarte seinen Austritt aus dem christlichen Verband an. Darauf erhielt er einen Brief folgenden Inhalts:

Auf Dein Schreiben vom 26. Aug. zurückzutkommenthebe ich
dir mit dasz deine Abmeldung nicht früher angenommen wird,
bis dasz Du die Streitunterstützung die du während des Streits
erhalten hast zurückzahlst. Andernfalls klage gegen dich er-
hoben wird und du in Folgedessen Unangenehmligkeiten davon
hast. Bedenke wohl was du machst du musz wissen weil du ein
Ausländer bist dasz so wie du hier bist in Deutschland nicht
durchlömit denn wir haben hier in Deutschland Sozialdemokraten
genug und wenn sich Ausländer daran beteiligen so bekommen
sie direkt Landesverweis. Ich werde deine Karte behalten und
sie der Polizei überliefere.

Mit Gruß
Der Bekannte

Zweierlei an diesem Nassischen Schreiben ist echt christlich: Die offene Drohung mit der Denunziation und die Feigheit, die den „Christen“ abholt, den Priester mit seinem richtigen Namen zu unterzeichnen. Zum übrigen spricht das Schreiben für sich selbst.

Haager Friedenskonferenz - Resultate.

Zwar kommt der ew'ge Friede nicht so schnell,
Doch haben, die das große Werk gestalten,
Dafür in einem einzigen Hotel
An siebzig Fejmahlzeiten abgehalten.

Die Föller rüsten weiter um die Welt,
Und weiter wachsen die Milliarden Schulden;
Doch dafür gab Brasilien ein Banlett,
Das trostene Gedek zu dreißig Gulden.

Erlaubt ist weiterhin schwedem Staat
Piraterie und Künstenkanone;
Doch dafür war das Roistbeß del.tat
Und einfach wunderbar die Remoulade.

Für seine Bücher mag jedwedes Heer
Tum-Tum-Geschoß weiter fabrizieren;
Doch dafür ward bgeschlossen, niemals mehr
Salat von Büchsenkunst zu servieren. Caliban.

Filiale Hamburg-Altona, Distrikt Fuhlsbüttel-Ohlsdorf

Sonntag, 29. September 1907, im Gartenlokal „Blond“ (Inh. Hans Richter), Ohlendorf, Stubenböttcherstr.

Herbst-Feier

Großes Preis-Spektakel. Belustigungen aller Art für Herren, Damen und Kinder. Abends: **Pampion-Polonaise** für Kinder. — Herrenkarte 30 Pf., Damenkarre 20 Pf. — Anfang der Festlichkeiten nachmittags 4 Uhr. — Die Hamburger Verbandskollegen und ihre Familien werden hiermit freundlichst eingeladen.

Distriftsleitung und Festkomitee

Briefkasten.

Mehrere Artikel und Berichte mussten für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Silesia. War diesmal beim besten Willen nicht mehr möglich, den Artikel unterzubringen. Bezuglich Ihrer Fragen ad 1: Es erfolgt kleinere Ergänzung, ad 2: Ist noch nicht festgelegt, vielleicht Anfang November. Erdl. Druck: E. D.

Totenliste des Verbandes.

Georg Sohe, Dresden | **Friedrich Prensker, Dresden**
† 11. September 1907 im Alter von 72 Jahren | † 12. September 1907 im Alter von 73 Jahren

Schreitram Mühlenbau